

**GEW**

**EuWiS**

**November 2016**

Zeitung "Erziehung und Wissenschaft im Saarland" des Landesverbandes der GEW im DGB



**INKLUSION**

**BILDUNG IST MEHRWERT!**



Thema: Inklusion

Editorial 03

Thema: Inklusion 04

- 04** Bündnis fordert das Menschenrecht auf inklusive Bildung für alle
- 06** Inklusion - Total verplant  
Lange Zeit wurden im Bundesland Bremen Kinder mit Behinderungen vorbildlich integriert. Heut funktioniert dort wenig.
- 08** „Mut zur inklusiven Schule - 30 Jahre Integration als Erfahrungsschatz“  
AK-Forum Bildungspolitik am 4./5. Oktober
- 10** Inklusionskonzept der GemS Dudweiler  
Ein Interview mit Gesine Schweitzer
- 11** Auf dem Rücken der Beschäftigten  
Kommentar von Matthias Römer
- 12** Zum Thema empfohlen...  
Bücher

Berufliche Bildung & Weiterbildung 13

- 13** Reden ist Gold  
Eine neue Studie zeigt, warum so viele Ausbildungsverträge zwischen Jugendlichen und Betrieben vorzeitig gelöst werden und was man dagegen tun kann

Hochschule 14

- 14** Erfolgreicher erster Talent-Workshop der StudienStiftungSaar

Schule 15

- 15** Was die Deutschen befürworten  
Bildungsmaßnahmen zur Integration von Flüchtlingen

Gewerkschaft 16

- 16** Seniorinnen und Senioren im Musée La Mine
- 16** Passgenaues Fortbildungsangebot - eine Forderung der engagierten Lehrwerkmeister\_innen im saarländischen Schuldiens
- 17** A13/E13 für Alle!  
Fast 4.000 Unterschriften an Ministerium überreicht
- 18** Stellenabbau im Bildungsbereich vom Tisch  
Gespräch mit der Landesregierung

Info & Service 20

- 20** Bildungsforum zum Saarländischen Schulpreis

Bücher & Medien 21

- 21** Das kleine Übungsheft
- 22** Schulrecht - kurz & bündig
- 22** Feedback in der Schule

Geburtstage & Jubiläen 23

- 23** Oktober 2016
- 23** Schlusswort



### Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Mo. - Do.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 16.00 Uhr  
 Fr.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 15.00 Uhr  
 Telefon: 0681 / 66830-0,  
 Telefax: 0681 / 66830-17  
 E-Mail: info@gew-saarland.de  
 Internet: http://www.gew-saarland.de

### GEW-Service

#### Beratungszeiten für Mitglieder in Rechtsfragen

Mo., Di. u. Do.: 08.30 - 16.30 Uhr,  
 Mi.: 13.00 - 17.00 Uhr

#### Landesstelle für Rechtsschutz

Gabriele Melles-Müller,  
 Tel.: 0681 / 66830-13,  
 E-Mail: g.melles-mueller@gew-saarland.de  
 Fr.: 13.00 - 16.00 Uhr unter  
 Tel. (priv.): 0170 / 4151006

#### Beratung für Referendarinnen und Referendare

Andreas Sánchez Haselberger, Tel.: 0681 / 66830-14  
 E-Mail: a.sanchez@gew-saarland.de

#### Beratung für Beschäftigte und Freiberufler (Erwachsenen- & Weiterbildung)

Georges Hallermayer  
 georges.hallermayer@wanadoo.fr

#### Beratungsdienst für Auslandsaufenthalt von Lehrkräften

Marlene Wagner  
 Tel.: 06833/1435 (nachmittags)

### Redaktionsschluss

**10.11.2016**  
 (Dezember/Januar-Ausgabe)

**10.01.2017**  
 (Februar-Ausgabe)

E-Mail: redaktion@gew-saarland.de

### Impressum Herausgeber

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB,  
 Landesverband Saarland, Geschäftsstelle:  
 Mainzer Str. 84, 66121 Saarbrücken  
 Tel.: 0681 / 66830-0, Fax: 0681 / 66830-17  
 info@gew-saarland.de

Redaktion  
 Agnes Bender-Rauguth,  
 Helmut Bieg (verantwortl.),  
 Thomas Bock,  
 Judith Frankenhäuser,  
 Anna Haßdenteufel,  
 Matthias Römer

Anzeigenverwaltung  
 Andreas Sánchez Haselberger  
 a.sanchez@gew-saarland.de

Druck  
 COD Büroservice GmbH  
 Bleichstraße 22, 66111 Saarbrücken  
 Telefon: 0681 / 393530, info@cod.de

Bildnachweis  
 u.a. fotolia.de, privat

Titelfoto  
 fotolia.de/©BillionPhotos.com

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der GEW wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

"schon wieder Inklusion?" werden sich manche von euch beim Anblick der vorliegenden EuWiS-Ausgabe wahrscheinlich denken. Leider und zum Glück ja: Schon wieder Inklusion! Das Thema ist ein Dauerbrenner, den wir regelmäßig in den Fokus rücken möchten und müssen. Es begleitet uns seit geraumer Zeit, denn Inklusion wird mehr und mehr ein zentraler Bestandteil unserer aller täglichen Arbeit werden (müssen).

Die Notwendigkeit von Inklusion ist ein Fakt, genauso wie deren von vielen politischen Akteuren geforderte und auf den Weg gebrachte Umsetzung ein Fakt ist. An Inklus-

sion kommt niemand mehr vorbei, auch wenn viele offensichtlich immer noch denken, Augen und Ohren zu verschließen würde irgendwie helfen und dieses Gespenst ginge an uns vorbei (oder dann doch bitte zumindest am bestimmten Schulformen).

Nun, das wird nicht passieren. Stattdessen kommt es nicht mehr auf das ob, sondern auf das wie an. Wie möchten wir Inklusion konkret gestalten? Was konnten einige Schulen und sonstige Bildungseinrichtungen schon erreichen? Was können andere daraus lernen? Wie muss der Politik Druck gemacht werden, damit die Ausgestaltung und Umsetzung von Inklusion überhaupt gelingen kann und nicht wieder auf Kosten der Gesundheit von Lehrer\_innen und Erzieher\_innen bloße Sparmaßnahmen vorgenommen werden?

Was müssen künftig im Bildungsbereich Beschäftigte in ihre Jobs mitbringen, auf welche Bedingungen müssen sie sich einstellen? Und vor allem, wie schaffen wir es, dass der Satz "Ich sehe mich aber als Wissensvermittler und nicht als Erzieher" endlich verfaulend auf dem Komposthaufen der Geschichte endet?

Man möge mir die Polemik verzeihen und stattdessen zur Lektüre dieser Ausgabe übergehen. Vielleicht findet die ein oder andere Person dort ja Antworten und Ideen. ■

In diesem Sinne wünsche ich euch viel Spaß mit der EuWiS,

Helmut Bieg



ANZEIGE



Wir drucken für unser Leben gern



**COD Büroservice GmbH**  
 Mainzer Straße 35 66111 Saarbrücken  
 Tel. 0681 39353-51 Fax 0681 6852301  
 print@cod.de www.cod.de



# Bündnis fordert das Menschenrecht auf inklusive Bildung für alle

Auf dem Bundeskongress „Eine für alle - die inklusive Schule für die Demokratie“ am 26./27.9. in Frankfurt hat ein Bündnis aus sieben Veranstaltern die Verwirklichung eines menschenrechtsbasierten und demokratischen Schulsystems politisch gefordert und sich in seiner Erklärung darauf verpflichtet, „an der Überwindung des gegliederten Schulwesens mitzuarbeiten und dafür gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen“.

Ausgangspunkt für diese gemeinsame Selbstverpflichtung ist den sieben Veranstaltern - dazu gehören neben der GEW die Aktion Humane Schule (AHS), der Grundschulverband (GSV), der Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens (GGG), das NRW - Bündnis Eine Schule für alle, der Verein „Politik gegen Aussonderung - Koalition für Integration und Inklusion“ (PogA) und das Erziehungswissenschaftliche Institut der Frankfurter Goethe-Universität - die grundsätzliche Unvereinbarkeit des selektiven allgemeinen Schulwesens und des Sonderschulwesens mit dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes, der Kinderrechtskonvention und der Behindertenrechtskonvention.

## Mit inklusiver Bildung gegen gesellschaftliche Spaltung

Für das Bündnis ist nur ein inklusives Schulsystem demokratietauglich und zukunftsfähig, weil es der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung entgegenwirkt und auf gleichberechtigte soziale Teilhabe und Chancengleichheit zielt. „Das gemeinsame Leben und Lernen in einer Schule für alle fördert das Verständnis und die Verantwortungsbereitschaft füreinander, das friedliche Zusammenleben innerhalb der Gesellschaft und die Kultur einer demokratischen Teilhabe“, heißt es in der Erklärung. Es passt sich den Erfordernissen einer demokratisch gestalteten Migrationsgesellschaft an, die „gegenwärtig und zukünftig herausgefordert ist, geflüchtete Menschen aufzunehmen und zu integrieren“.

Dagegen befördert „das auf Sortierung und soziale Auslese hin ausgerichtete“ Schulsystem „die sozial, kulturell und regional bedingten Unterschiede in der Bildungsteilnahme von Kindern und Jugendlichen“. „Junge Menschen mit Beeinträchtigung und Behinderung werden durch strukturelle Segregation diskriminiert und nachhaltig beschädigt.“

Das Kernanliegen des Bündnisses ist eine Schule für alle - ohne äußere Gliederung und Auslese. Das gemeinsame Lernen aller Kinder bis zum Ende der Schulpflicht muss deshalb die konsequente Fortsetzung der vor gut 100 Jahren begonnenen Grundschulreform werden, heißt es in der Erklärung. Die „vielen positiven Beispiele gemeinsamen Lernens in integrativ und inklusiv arbeitenden Schulen“ sind dem Bündnis „eine Ermutigung auf dem Weg zur Überwindung selektiver Strukturen“.

## Recht auf inklusive Bildung für alle

Einer der wichtigen Mahner auf dem Bildungskongress für eine Transformation des selektiven Schulsystems war Prof. Vernor Munoz, ehemaliger Sonderberichterstatte der Vereinten Nationen für das Recht auf Bildung. In seiner Eröffnungsrede stellte er u.a. vor mehr als 400 Teilnehmenden heraus, dass die vor gut zehn Jahren von ihm festgestellten Defizite des deutschen Schulsystems nach wie vor bestehen. Die Leistungsverbesserung bei PISA könne nicht über die andauernde soziale Ungleichheit und die enge Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft hinwegtäuschen.

Inklusive Bildung als Menschenrechtsmodell sei kein beliebiger Modetrend oder eine bloße Organisationsform, die man dem bestehenden System einfach hinzufüge. Sie könne nicht in einem selektiven System erfüllt werden, das den Wettbewerb höher bewerte als Gleichheit und Zusammenhalt. Als Menschenrecht für alle, auch für Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums, erfordere Inklusion einen Paradigmenwechsel in der Bildungstheorie, der Bildungspolitik und der Bildungspraxis. Dies sei die politisch einzufordernde Staatenverpflichtung, die auch für Deutschland gelte. Fragte man ihn heute, was verändert werden müsste, so Munoz, dann wäre seine Antwort: „Nur ein bisschen, nämlich alles.“ „Todo.“

## Inklusive Bildung für die Demokratie

Mit dem Blick über die Grenzen nach Norwegen konnte die norwegische Vertreterin und Stellvertretende Generalsekretärin der Bildungsinternationale, Haldis Holst, den Zusammenhang zwischen Demokratie, den Menschenrechten und der inklusiven Bildung aufzeigen. Miteinander leben zu können, das



Foto: pixabay.de/@stokpic

sei Auftrag und Ziel für eine demokratische Gesellschaft. Das müsse unbedingt gelernt werden. Deshalb müsse die Schule die Unterschiedlichkeit der Kinder in der Gesellschaft vollständig abbilden und das Menschenrecht auf inklusive Bildung in einer Schule für alle erfüllen.

Holst verwies auf OECD-Studien, die auswiesen, dass Gleichheit und Qualität im Bildungswesen keine Gegensätze seien. Das norwegische Schulsystem, ein Gesamtschulsystem von Klasse 1 bis 10 ohne Sonderschulen, sei zwar nicht perfekt. Es hätte jedoch ein hohes Maß an Gleichheit verwirklicht und läge in der PISA-Wertung für den Kompetenzerwerb nur geringfügig hinter Deutschland, das hingegen eine auffällig große Leistungsstreuung zwischen den leistungsstärksten und leistungsschwächsten Schülerinnen und Schülern aufweise.

## Elternwahlrecht als Barriere für inklusive Bildung

So lautete das Resümee von Prof. Ewald Feyerer, vom Institut Inklusive Pädagogik an der Pädagogischen Hochschule in Linz. In seinem Vortrag, der die Entwicklung des österreichischen Schulsystems eingehend nachzeichnete und analysierte, stellte er heraus, dass das Elternwahlrecht in einem zweigliedrigen allgemeinen Schulsystem mit einem ausdifferenzierten Sonderschulsystem lediglich dazu geführt habe, dass es insgesamt weniger Segregation gibt. Inklusion sei das aber nicht.

Die notwendige äußere Schulreform zu einer Schule für alle werde mit dem Elternwahlrecht verhindert. Die zweite Säule der Hauptschule müsse die Kinder mit Behinderungen fördern, während die Allgemeine Höhere Schule, das österreichische Gymnasium, sich davon befreien dürfe. Die defizitorientierte pädagogische Praxis mit der Einteilung der Schülerschaft in behindert und nicht-behindert und dem Gebrauch der äußeren Differenzierung sei vorherrschend. Im Bewusstsein der Lehrerinnen und Lehrer werde Inklusion als zusätzliche Belastung wahrgenommen. Den deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Kongresses kam die Beschreibung des Istzustandes in Österreich mehr als bekannt vor.

## Blockade durch Bildungspolitik

In einer Podiumsdiskussion mit Ralph Fleischhauer, Vorsitzender des Schulausschusses der Kultusministerkonferenz und Abteilungsleiter im nordrhein-westfälischen Schulministerium, zeigte sich deutlich, dass die Bildungspolitik auf der Bremse steht und die Entwicklung zu einem inklusiven Schulsystem blockiert. Es gibt in der KMK keine gemeinsame Vorstellung von Inklusion und erst recht keine, die sich an dem Menschenrechtsmodell einer Schule für alle orientiert, gab Fleischhauer unumwunden zu.

Er empfahl, die Zunahme des gemeinsamen Lernens durch die Reduktion der Mehrgliedrigkeit und durch Inklusion von Kindern mit Behinderungen in allgemeinen

Schulen, auch in Gymnasien, als wichtige Entwicklungsschritte nicht kleinzureden, gerade vor dem Hintergrund des Hamburger Volksentscheides, der die Verlängerung der Grundschulzeit um zwei Jahre zu Fall gebracht habe.

Dieser Argumentation mochten weder Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Podiums noch des Plenums folgen. Dr. Sigrid Arnade, Geschäftsführerin der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben e.V., hielt mit der Staatenverpflichtung Deutschlands dagegen und erinnerte an die Empfehlungen des UN-Fachausschusses im Zusammenhang mit der Staatenprüfung Deutschlands. Thimo Witting, Schulleiter der Hamburger Stadtteilschule Bergedorf, konnte an der Schulentwicklung in Hamburg deutlich machen, dass die innere Schulreform in den Stadtteilschulen durch die äußere Reform zu einer Schule für alle ergänzt werden muss, wenn Inklusion gewollt ist.

Als die Podiumsdiskussion abdriftete zu der Frage, ob die Schule darauf verzichten könne, über vergleichbare Abschlüsse Berechtigungen für die weiteren Bildungswege zu verteilen, bemerkte der Schülervertreter im Podium, Andre Ponzi von der Landesschüler\_innenvertretung Hessen, trocken, dass hier ein typisch deutsches Problem verhandelt würde, das niemand von seinen Freunden in Italien nachvollziehen könne. Dort habe man schon lange ein inklusives Schulsystem ohne Sonderschulen. Mit dem Schulabschluss würden die Schülerinnen und Schüler selber entscheiden, welchen Ausbildungsweg sie gehen wollten.

## Wichtige Klarstellung und berechtigte Empörung

Eine Klarstellung aus rechtlicher Sicht nahm Dr. Reinald Eichholz, ehemaliger Kinderbeauftragter des Landes NRW und Mitglied der National Coalition für die Umsetzung der Kinderrechtskonvention in Deutschland, am Ende des Kongresses vor. Er schickte seinen Ausführungen die Bemerkung voran, dass ersichtlich die Wut über Ungerechtigkeit in Teilen der Bevölkerung zur Ablehnung des demokratischen Systems führe. Insofern habe der Kampf um Demokratie begonnen, wie eine Zeitschrift getitelt habe. Er empfahl, anstelle von Wut Empörung zu kultivieren, um positive gesellschaftliche Kräfte zu entfalten.

Es sei durchaus gerechtfertigt sich darüber zu empören, wie die KMK und die Politik den Gedanken der Inklusion zur Unkenntlichkeit zerlege, z. B. durch die Reduktion des Inklusionsanspruchs auf Menschen mit Behinderungen, obwohl dies ein Menschenrecht für alle sei. Das Schulsystem müsse die Vielfalt in der Einheit ermöglichen statt in vielfältigen segregierten Schulformen. Die menschenrechtliche Inklusionsverpflichtung erfordere einen Systemwechsel, der nicht nur die Abschaffung des Sonderschulsystems, sondern auch die Abschaffung des Regelschulsystems mit seinem „verkorksten“ Leistungsbegriff erforderlich mache. Leistung zu standardisieren würde verhindern, dass Leistung sich aus der individuellen Biografie des Kindes entwickeln kann. Scheitern und Verlust von menschlichem Entwicklungspotenzial seien häufige Folgen.

Er widersprach mit dem Hinweis auf den allgemeinen Kommentar des UN-Fachausschusses der KMK-Vorstellung, es gäbe ein Recht auf elterliche Schulwahl. Nur in der Übergangszeit mit parallelen Angeboten existiere eine „unfreie“ Elternwahl, in der sie sich entscheiden müssten.

Als wichtigen Hinweis gab er dem Plenum und den Veranstaltern mit auf den Weg, das gemeinsame Lernen nicht auf die schmale Basis des gemeinsamen Unterrichts einzuziehen. Es käme darauf an, Lern- und Lebenszusammenhänge in der Schule zu schaffen, die das subjektive Gefühl der Zugehörigkeit auf vielfältige Weise erfahrbar machten. ■



Dr. Brigitte Schumann  
ifenic@aol.com

# Inklusion - Total verplant

Lange Zeit wurden im Bundesland Bremen Kinder mit Behinderungen vorbildlich integriert. Heute funktioniert dort wenig

Christian Gloede gerät ins Schwärmen, wenn er von der guten alten Zeit erzählt. Die gute alte Zeit: Das waren die 80er Jahre, als die Inklusionsbewegung noch aus der Mitte der Bremer Lehrer- und Elternschaft kam. Damals hieß das noch Integration. Kinder mit Behinderung sollten nicht mehr in Förderschulen unterrichtet, sondern in den Betrieb ganz normaler Schulen einbezogen werden. „Es gab damals eine Haltung bei uns, dass keine Form von Behinderung aus der allgemeinen Schule ausgeschlossen werden soll, das war bundesweit einmalig“, sagt Gloede. Der Behindertenpädagoge ist Bremer Vorstandssprecher der Lehrergewerkschaft GEW. Er beteuert: „Bei uns ist die UN-Behindertenrechtskonvention von 2009 auf sehr fruchtbaren Boden gefallen, die Lehrer und Schulleiter waren offen für die Umsetzung.“

Diese Offenheit hat sich nun teilweise in Resignation verkehrt. Mit krassen Folgen ausgerechnet in dem Bundesland, das mit Claudia Bogedan (SPD) die Präsidentin der Kultusministerkonferenz stellt, die bei jeder Gelegenheit die soziale Rolle von Bildung heraushebt. Daheim in Bremen geht indes einiges schief – bei der Inklusion.

## Der Meister patzt

Deutscher Inklusionsmeister ist Bremen nur in den Reden der Senatorin. Der Stadtstaat lag im Jahr 2014 mit einem Inklusionsanteil von 68,5 Prozent unter den Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf mit Abstand weit vorn. Am nächsten kommen dem noch Schleswig-Holstein mit 60,5 Prozent und Hamburg mit 59,1 Prozent. „Aber auch ein noch so hoher Inklusionsanteil hilft wenig, wenn es in der Realität an der Ausstattung hapert“, sagt Christian Gloede. Er arbeitet bei der Evangelischen Kirche und beobachtet die Entwicklungen seit vielen Jahren. Gloede sieht einen eklatanten Mangel: Es gibt zu wenig Schulpersonal für gute Inklusion. Weil es mittlerweile immer größere Probleme bei der Umsetzung der Inklusion in Bremen gibt, schrieben Gewerkschaften, Sozialverbände und Elternvereine im Frühjahr 2015 ein Memorandum, das Nachbesserungen fordert: Es müsse alles getan werden, um die Rahmenbedingungen herzustellen. „Dazu gehört eine deutliche Erhöhung der personellen, räumlichen und sächlichen Ausstattung der schulischen Inklusion in Bremen.“

Elke Gerdes vom Verein „Eine Schule für Alle“ hat das Memorandum mit vorangetrieben: „Wir wollen zeigen, dass die Inklusion mit der Änderung des Schulgesetzes nicht abgehakt ist, sondern dass das System jetzt qualitativ weiterentwickelt werden muss.“ In Bremen wurden 2012 auch die weiterführenden Schulen für die Inklusion geöffnet. Gegen den Willen der Eltern wird kein Kind mehr in einem Förderzentrum beschult. Der Senat rechnete damals mit der Nachfrage von etwa einem Drittel der Eltern. Doch sie lag viel höher. Darauf war das System nicht ausgelegt. Das Land hatte für die Inklusion schlicht zu wenig Stellen geschaffen. Stattdessen sollte Personal aus den früheren Förderschulen umverteilt werden. Zudem hoffte Bremens Regierung darauf, dass die Schülerzahlen künftig zurückgehen. Die Inklusion führe deshalb nicht zu einer Verschlechterung der Ausstattung. Das war die Logik in der Bildungsbehörde, der heute Claudia Bogedan vorsteht.

Der Landesrechnungshof warnte schon früh. Er machte vor vier Jahren darauf aufmerksam, dass mehr Stellen für neue Sonderpädagogen nötig seien, als der Senat eingeplant hatte. Das kommt unter anderem dadurch zustande, dass die Schüler sich in der Inklusion stärker verteilen als an den Förderschulen und dann zur Betreuung mehr Sonderpädagogen nötig sind als vorher. Doch die Auflagen des deutschen Stabilitätspaktes seit 2012 lassen Bremen wenig Spielraum. Deshalb funktioniert in der Realität wohl nicht, was offiziell die gesamte Bremer Verwaltung will: Umfassende und gute Inklusion. Die Konsequenzen tragen die Kinder mit Handikaps.

Die Senatsverwaltung für Bildung musste 2014 die Notbremse ziehen. Auf Druck von Schulen, die wegen ihrer geringen Ressourcen mit verhaltensauffälligen Kindern überfordert waren, stellte die Behörde ein spezielles Konzept für etwa 120 Schüler auf - sie wurden exkludiert. Mehrere Dutzend Schüler mit emotional-sozialem Entwicklungsbedarf gehen seitdem wieder auf die Förderschule an der Fritz-Gansberg-Straße. Bogedan schob sie quasi aus der Inklusion ab - weil das klamme System nicht für sie bereit war. Sie werden also nicht integriert, sondern ausgeschlossen.

„Einige Kinder mit emotional-sozialen Entwicklungsstörungen sind für das System

aktuell noch eine zu große Herausforderung“, erklärt Andrea Herrmann-Weide, Referentin für Inklusion im Bremer Senat. „Das muss erst wachsen.“

## Drei Stufen zur Exklusion

GEW-Mann Gloede ist darüber entsetzt. „Das ist eine Rückwärtsrolle, ein Signal, das fataler kaum sein könnte“, sagt der Behindertenbeauftragte. „So wird die Botschaft verbreitet: ‚Diese Kinder sind nicht mehr integrierbar.‘ Nachdem man ihnen und den Eltern erst Hoffnungen gemacht hat, gibt man sie jetzt quasi verloren.“

Die Maßnahme ist Teil eines Modulsystems, sie ist die oberste von drei Eskalationsstufen Richtung Exklusion. Dazu gehört, bestimmte Schüler an der Regelschule eine Zeit lang durch mehr sonderpädagogische Förderung aufzufangen oder für eine Übergangsphase in einem der regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren zu beschulen. Auf den ersten beiden Stufen stehen derzeit gut zwei Dutzend Schüler, die meisten mussten in die dritte Modulstufe gehen. Sie sollen nach einiger Zeit wieder in den normalen Unterrichtsbetrieb zurückkehren - laut Andrea Herrmann-Weide vom Senat dauert dies auf der ersten Stufe meist ein halbes Jahr, auf der dritten könne es aber auch schon mal zwei bis vier Jahre dauern. Das bedeutet dauerhafte Exklusion. Herrmann-Weide hält es sogar für notwendig, dass die Förderschule an der Fritz-Gansberg-Straße erhalten bleibt, um etwa gewalttätige Kinder aufzunehmen. Die Inklusion ist für diese Kinder außer Kraft gesetzt.

Pikant ist daran nicht nur, dass nun einige Kinder wieder ausgeschlossen werden. An den Förderschulen scheint zumindest gelegentlich eine eher chaotische Situation zu herrschen. Wir wollten vor einiger Zeit eine Schule in Bremen besuchen, um uns mit eigenen Augen ein Bild von der Lage zu machen. Auf die Anfrage für einen Besuch teilte die Behörde mit: „Leider haben wir an der von Ihnen gewünschten Besuchsschule zurzeit äußerst herausfordernde Problemlagen: Der Schulleiter ist seit acht Monaten erkrankt und es gibt diverse bauliche Herausforderungen, die besonderer Maßnahmen bedürfen. Aus diesem Grund möchte ich Sie bitten, von einem Hospitationsbesuch Abstand zu nehmen. Es würde den normalen Ablauf an dieser Schule nicht widerspiegeln können.“ Anders

gesagt: Probleme sollen unsichtbar bleiben. Geschaut werden darf nur, wenn alles prima läuft.

Dass es in Bremen zu fragwürdigen Maßnahmen kommen musste, liegt nach Meinung vieler Kritiker an der mangelnden Personalplanung des Landes. Laut Senat ist vorgesehen, dass so viele Sonderpädagogen für die Betreuung der Kinder mit Förderbedarf an Regelschulen sind, dass in der Hälfte des Unterrichts eine Doppelbesetzung möglich ist. Die Formulierung ist bewusst vorsichtig gewählt. Denn in der Realität ist das nicht gegeben, und das wissen die Beamten auch: „Bei Unterrichtsausfall müssen die Kollegen Vertretung machen und das kommt so oft vor, dass die Doppelbesetzung bei weitem nicht an das geplante Maß herankommt“, sagt Christian Gloede. Um eine Überforderung der Schulen mit schwierigen Kindern zu vermeiden, fordert die GEW eine Reduzierung der Schülerzahl in Inklusionsklassen auf zehn Schüler und eine permanente Doppelbesetzung.

Dafür müsste es weit mehr Lehrer und Sonderpädagogen geben. Wollte man die Inklusion in Bremen komplett machen, müssten es sogar noch mehr sein. Denn bisher werden blinde, hörgeschädigte und motorisch beeinträchtigte Kinder sowie schwerst mehrfachbehinderte Kinder ohnehin weiter an Förderzentren unterrichtet. Kinder mit geistiger Entwicklungsstörung werden in speziellen Schwerpunktschulen unterrichtet - was teils zu weiten Schulwegen und Unzufriedenheit bei den Eltern führt. Elke Gerdes vom Elternverein „Eine Schule für Alle“ kämpfte für ihre Tochter Amelie, die mit Trisomie 21 zur Welt kam, für eine Abweichung von der Regel. Auch Amelie sollte an eine Schwerpunktschule gehen. Doch Gerdes wollte, dass das Mädchen an die Schule ihres Bruders geht. Dann geschah etwas Wunderliches: Ausgerechnet im vermeintlichen Inklusionsvorreiterland Bremen musste die Mutter zwei Jahre lang gegen die Zuweisung ihrer Tochter an die Schwerpunktschule angehen. Sie schaffte es nur, weil die Schule sie unterstützte. Doch nicht alle Bremer Schulen setzen sich angesichts der personellen Probleme noch beherzt für die Inklusion einzelner Kinder ein. „Teils lassen Eltern ihre Kinder nicht mehr diagnostizieren, weil sie Angst vor einer Zuweisung an eine Schule haben, die sie nicht wollen“, sagt Pierre Hansen vom Zentral-elternbeirat Bremen.

Klar ist: Mehr Flexibilität im System würde mehr Geld kosten. „Bei schwerstmehrfach behinderten Kindern sagen viele Eltern: Setzt uns die Ausstattung aus der Förderschule in

eine andere Schule und wir wollen die Inklusion - doch das ist eben nicht gewährleistet“, sagt Elke Gerdes.

Christian Gloede von der GEW sieht nicht, dass sich am sparsamen Inklusionssystem der Landespolitik etwas ändert, Memorandum hin oder her. Stattdessen werde sich der Trend wohl fortsetzen, dass Kollegen wegen der dauerhaften Überlastung häufiger krank werden, ausfallen und dass so der Mangel noch verstärkt wird. „Die Senatorin für Bildung tut nach außen hin so, als liefe alles super und gibt die Schuld für Probleme vor Ort den einzelnen Schulen“, sagt Gloede. ■



Karen Grass

Der Text ist im Rahmen eines Projekts des Recherchezentrums Correctiv entstanden.

Dieser Artikel erschien in „der Freitag“ Nr. 23 vom 09.06.2016 und wurde mit freundlicher Genehmigung der Rechteinhaber von uns nachgedruckt.

ANZEIGE

# Kritisch. Mutig. Unabhängig.

Der Freitag ist eine kritische Wochenzeitung, die für mutigen und unabhängigen Journalismus mit Haltung steht. Er berichtet über Politik, Kultur und Wirtschaft anders als die übrigen Medien – streitbar und meinungsstark.

Testen Sie jetzt 3 Wochen kostenlos den Freitag!



# „Mut zur inklusiven Schule - 30 Jahre Integration als Erfahrungsschatz“

AK-Forum Bildungspolitik am 04./05. Oktober 2016 im Bildungszentrum der Arbeitskammer in Kirkel

## Wie es begann:

Bereits am 04. Juni 1986 änderte der Saarländische Landtag einstimmig das Schulordnungsgesetz und schuf damit als erstes Bundesland die Möglichkeit der gemeinsamen Unterrichtung von behinderten und nicht-behinderten Kindern und Jugendlichen. Die darauffolgende Integrationsverordnung ermöglichte Schüler\_innen mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf, die Regelschule auf Antrag zu besuchen.

Diese Änderung des Schulordnungsgesetzes hatte federführend der damalige Kultusminister Prof. Dr. Diether Breitenbach als Kultusminister initiiert und verantwortet. Wissenschaftlich unterstützt und begleitet wurde er von dem mittlerweile emeritierten Erziehungswissenschaftler der Universität des Saarlandes, Professor Dr. Alfred Sander. Und so wundert es auch nicht, dass diese beiden „Protagonisten“ der Integration im Saarland nach der Begrüßung durch den Hauptgeschäftsführer der Arbeitskammer des Saarlandes, Thomas Otto, und der Geschäftsführerin des Vereins „Miteinander Leben Lernen“, Ilse Blug, im Rahmen dieses Festaktes besonders gewürdigt wurden. In einem von Norbert Klein, Chefredakteur des Saarländischen Rundfunks und ehemals Lehramtskandidat für die Fächer Deutsch, Geschichte, Politik, einfühlsam und kompetent moderierten Gespräch, hoben die beiden Männer die Wichtigkeit einer inklusiven Beschulung gerade für leistungsschwächere und sozialbenachteiligte Kinder und Jugendliche hervor. Sie betonten,

dass auch heute eine wissenschaftliche Begleitung der Inklusionserfahrung unerlässlich sei.

Nach einer aktuellen IFO-Studie glauben 2/3 der 800 befragten Lehrer\_innen, dass lernbehinderte Kinder und Jugendliche nicht in eine Regelschule sollten. Damit heute die Inklusionsverordnung erfolgreich umgesetzt werden kann, müssen die Lehrer\_innen unterstützt werden. Deshalb komme man nicht umhin, über neue Strukturen in der Lehreraus- und -weiterbildung nachzudenken.

## Die UN-Behindertenrechtskonvention - Inklusion als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Vortrag von Dr. Valentin Aichele (Leiter der Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention beim Deutschen Institut für Menschenrechte)

Die Fakten: 2006 wird die UN-Behindertenrechtskonvention verabschiedet; 2009: diese UN-Behindertenrechtskonvention wird in Deutschland in Kraft gesetzt (damit hat jedes Kind das Recht auf eine Beschulung in der Regelschule); 25. Juni 2014: das Gesetz über die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird vom Saarländischen Landtag einstimmig beschlossen.

Vor diesem Hintergrund legt der Referent als erstes dar, dass die Entwicklung der Bundesländer in dieser Frage völlig uneinheitlich verlaufen ist (vielleicht ist es kein Zufall, dass Sachsen hier das Schlusslicht bildet...).

Er betont außerdem, dass wir heute in einem politischen Umfeld leben, in dem der Exklusionsbegriff eine breite und laute Mehrheit findet und wagt die These, dass der Pöbel nicht mitgehen wird auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft. Umso mehr gelte es, die individuelle Verantwortung zu erkennen, ohne die politische Verantwortlichkeit klein zu reden. Nach Dr. Aichele muss die Politik verantwortlich bleiben für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. „Die jeweiligen politischen Entscheidungen bestimmen über die offene Gesellschaft, die wir sind, die wir werden, die wir bleiben wollen“, so lautet sein Fazit.

## Podiumsdiskussion

Ebenfalls von Norbert Klein moderiert, diskutieren unter reger Beteiligung des Publikums im dritten Block des Festaktes der saarländische Minister für Bildung und Kultur, Ulrich Commerçon, der Referent des Vortrags, Dr. Valentin Aichele und der Pfarrer und Kabarettist, Rainer Schmidt, miteinander.

Im Saarland gab es von 2008/09 auf 2012/13 einen Anstieg der Schüler\_innen, die eine Förderschule besuchten (4,2% auf 4,5%). Auch 2015/16 war es immer noch die Mehrheit der Schüler\_innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf (51,8%), deren Eltern diese Schule für ihr Kind bevorzugten und so lautete die erste Frage des Moderators an den Bildungsminister, wie sich ein solcher Anstieg erklären lasse. Der Minister verwies darauf, dass diese Zahlen in den letzten zwei bis drei Jahren - wenn auch nur geringfügig - rückläufig seien und hob dann in aller Deutlichkeit hervor, dass der grundsätzliche Schulort für alle Kinder die Regelschule sei. Die Eltern der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf könnten allerdings auf Antrag die Beschulung ihres Kindes in einer Förderschule erwirken. (Dies scheint erstaunlich vor dem Hintergrund, dass an saarländischen Förderschulen nur ein kleiner Teil der Schüler\_innen einen Hauptschulabschluss erreicht: 2014 verließen von den 470 Abgängern/Absolventen 272 Schüler\_innen das Förderschulsystem ohne HSA, darunter 139 Schüler\_innen aus dem Förderbereich Lernen. Dagegen belegen aktuelle Studien, dass vor allem inklusiv unterrichtete Schüler\_innen dieses Förderschwerpunktes im Gros messbare Lernfortschritte



Podiumsdiskussion: v.l.n.r. Kabarettist Rainer Schmidt, Norbert Klein, Bildungsminister Ulrich Commerçon, Dr. Valentin Aichele

gegenüber jenen erreichen, die eine Förderschule besuchen. Den Grund sehen die Forscher vor allem darin, dass durch diese schulstrukturelle Abschottung der leistungsschwachen Schülerschaft in einem Lernmilieu von geringer Anregungsqualität eher eine Abwärtsspirale droht. - Anmerkung der Redaktion -).

Herr Aichele betonte, dass das Recht auf inklusive Bildung wie es die UN-Behindertenrechtskonvention vorsieht, das Recht auf sonderpädagogische Bildung ausschließt. So könne das Elternwahlrecht nur übergangsweise seine Berechtigung haben. Perspektivisch, so der Minister, wird es gelingen, das Förderschulsystem zu überwinden. Dafür brauche es Angebote für Lehrer\_innen im Blick auf die Pädagogik, um auch an der Haltung der Lehrkräfte zu arbeiten und diese zu verändern. Denn das Gelingen der Inklusion könne sich nicht nur an der Anzahl der Förderschullehrer\_innen im System festmachen.

Auf den Punkt brachte es Rainer Schmidt. Von Geburt an fehlen dem 51jährigen beide Unterarme. Er hat am eigenen Leib erfahren und gibt das in seinem Kabarettprogramm „Däumchen drehen“ auf komische und zugleich berührende Art und Weise zum Besten, was es heißt, „anders“ zu sein.

Inklusion ist seiner Meinung nach nicht mehr und nicht weniger als die Kunst des Zusammenlebens völlig unterschiedlicher Menschen. In dieser Begegnung haben immer beide „Förderbedarf“, denn: den Umgang miteinander gilt es zu lernen. Dafür aber müssen wir einander begegnen. Rainer Schmidt konnte nicht zuletzt deshalb Abitur machen, weil ihn der Schulleiter des Gymnasiums fragte, was er und seine Schule tun müssten, damit es Rainer Schmidt möglich werde, erfolgreich zu sein. Übrigens hat er deutsche TT-Spieler bei sieben Paralympics-Teilnahmen vier Medaillen gewonnen...

## Fortsetzung der Fachtagung am 5. Oktober

Nach der Begrüßung durch die Geschäftsführerin der Arbeitskammer, Beatrice Ziegler, richteten Dr. Burkhard Jellonnek als Leiter des LPM und Karl-Keinz Adams als Leiter des ILF ein gemeinsames Grußwort an die rund 120 Personen, die am zweiten Kongresstag teilnahmen. Dieses gemeinsame Grußwort war eine Premiere und belegte die gute Kooperation, die zwischen den beiden Lehrerfortbildungsinstituten schon seit langem besteht.

Anschließend berichtete Birgit Jenni, die stellvertretende Vorsitzende der GEW Saarland, von ihren Erfahrungen mit benachteiligten Jugendlichen im Bereich der beruflichen Bildung. Birgit Jenni machte an Beispielen deutlich, wie durch persönlichen Einsatz der Lehrkräfte und Kooperation mit anderen Einrichtungen auch Jugendliche mit Beeinträchtigungen gute Berufsabschlüsse erzielen und auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ihren Platz finden können.

Der Leiter der Ganztagsgemeinschaftsschule Neunkirchen, Clemens Wilhelm, stellte danach in überzeugender Weise das Konzept „seiner“ Schule vor. Unter dem Motto „Der Vielfalt mit Vielfalt begegnen“ beeindruckten besonders die theaterpädagogischen und erlebnispädagogischen Elemente, die Schüler\_innen gemäß ihren Potentialen zu persönlichkeitsbildenden und gemeinschaftsfördernden Aktivitäten ermutigen. Zum Profil der Schule gehören auch die Lernentwicklungsgespräche, in denen die Schüler\_innen ihre eigenen Lernprozesse reflektieren und bewusst nächste individuelle Lernschritte für sich formulieren. Besonderer Wert wird ebenfalls darauf gelegt, die Schule als ästhetisch bedeutsamen Raum zu gestalten. So begreift sich die Schule als Lebensraum, in dem alle willkommen heißen werden, sich wohl fühlen sollen und gute Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten für alle bestehen.

Im anschließenden Inklusionstalk stellten Schüler\_innen, Lehrkräfte und Eltern ihre Erlebnisse, Eindrücke und Erfahrungen im Kontext von Schule dar. Christine Alt vom Saarländischen Rundfunk moderierte sachkundig und sensibel diese Gesprächsrunde, sodass sich eine fast zweistündige sehr lebendige Diskussion entwickeln konnte. Die Schüler\_innen erlebten, dass voneinander und miteinander Lernen in der Regelschule trotz mancher Schwierigkeiten insgesamt als positiv. Die Eltern zeigten sich aber auch besorgt, dass Inklusion nach Erfüllung der Schulpflicht in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung enden könnte. Der auf den Rollstuhl angewiesene junge Mann kritisierte die Sonderbehandlung durch manche Lehrkräfte, vielmehr möchte er als „normaler“ Mensch wie jeder andere behandelt werden.

Nach dem Mittagessen begann eine zweistündige Arbeitsphase in sechs verschiedenen Fachforen, die theoretisch und praktisch erfahrene Referent\_innen mit folgenden Themenschwerpunkten anboten:

- **Forum 1:** Angemessene Vorkehrungen im Bildungssystem
- **Forum 2:** Eine gute Grundschule für alle - wie kann das gelingen?
- **Forum 3:** Gemeinsam bis zum Schulabschluss
- **Forum 4:** Bedingungen für das Gelingen inklusiver beruflicher Bildung
- **Forum 5:** Lehrerausbildung für eine heterogene Schülerschaft
- **Forum 6:** Perspektiven im Übergang von der Schule in den Beruf

Im Anschluss an die Arbeitsphase in den Foren wurden deren Ergebnisse auf Plakaten dargestellt und in einem Galeriegang präsentiert.

Als Abschluss der gut konzipierten und ertragreichen Fachtagung zogen Ilse Blug, Geschäftsführerin von MLL, und Bernhard Strube von der Landeselterninitiative für Bildung e. V. eine kurze Bilanz: Die Inklusion als Menschenrecht sollte noch stärker im Alltag von Gesellschaft und Schule erfahrbar werden und bedarf hierzu auch der entschiedenen Unterstützung und Bereitstellung von Ressourcen durch die Politik. ■

Anna Haßdenteufel, Helmut Stoll

Fotos: Pasquale D'Angiolillo  
Foto- und Videjournalist



# Inklusionskonzept der GemS Dudweiler

Ein Interview mit Gesine Schweitzer

Gesine Schweitzer ist Förderschullehrerin, analytische Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin und als Förderschullehrerin des Sonderpädagogischen Förderzentrums Saarbrücken seit 2001 an der Gemeinschaftsschule SB-Dudweiler tätig.

## EuWiS:

Hallo Gesine, stelle doch zum Einstieg das Inklusionskonzept eurer Schule vor und sage etwas zu deiner Rolle dort.

## Gesine Schweitzer:

Die Gesamtschule Sulzbachtal bzw. Gemeinschaftsschule Saarbrücken-Dudweiler nahm nach der Abstimmung der Gesamtkonferenz an dem Modellversuch zur Inklusion teil. Die Budgetierung desselben erfolgte aus der Berechnung der durchschnittlichen Förderschullehrerstunden für die integrative Förderung der vorherigen Jahre und Stunden für die Konzeptualisierung. Im Modellversuch wurde die Personalisierung der Schule mit Förderschullehrerstunden danach folgendermaßen organisiert: Eine Förderschullehrer\_in betreut jeweils einen Jahrgang der Klassenstufen 5-8 mit sechs Klassen pro Jahrgang. Die Klassenstufe 9 wird mit einer halben Stelle personalisiert, da die 5. Klassen eine stärkere Personalisierung erhalten. Ich bin hierbei ein Mitglied des Inklusionsteams. Zu unserer Arbeit gehören die Förderdiagnostik, die gezielte Förderung und Unterrichtung förderbedürftiger Schüler und die Unterstützung des Lehrers im gemeinsam geplanten Unterricht (Teamteaching), bei der individuellen Förderplanung und die Beratung.

## EuWiS:

Wie gut "funktioniert" das Konzept bislang? Sind besondere Problemfelder aufgetreten?

## Gesine Schweitzer:

In der Integration wurden unsere förderbedürftigen Schüler\_innen mit einem Gutachten diagnostiziert und in Folge nach einem individuellen Förderplan, der auf Grundlage der Richtlinien der jeweiligen Förderschule basiert, unterrichtet.

Durch die Inklusion änderte sich, dass die Förderschullehrer\_innen nun alle Schüler\_innen aus der Grundschule mit unterschiedlichen Voraussetzungen zunächst kennenlernen. Einige Schüler\_innen hatten noch den diagnostizierten Förderbedarf, andere wurden in der Grundschule mit abgesenkten Ni-

veau unterrichtet, andere zeigten massive Lern- und Verhaltensprobleme, die in der Grundschule nicht erfasst worden waren. Wir Förderschullehrer\_innen arbeiten dadurch systemischer. So gehören die Prävention und die Unterstützung bei der Individualisierung des Unterrichts auch zu unseren Aufgaben. Es besteht das Konzept, dass Regelschullehrer\_innen und Förderschullehrer\_innen gemeinsam unterrichten und gezielt Schüler\_innen an das individuelle Lernziel führen. Sechs betreute Klassen ermöglichen dabei aber nur eine punktuelle Unterstützung der Hauptfächer durch eine Doppelbesetzung. Die selektive Unterrichtung von weitestgehend homogenen Kleingruppen oder der Einzelunterricht von Hochrisikoschüler\_innen findet ebenfalls teilweise statt. Die Förderschullehrer\_innen sind im Fach IL [= halb angeleitete Freiarbeitsstunden, "Individuelles Lernen"] eingesetzt und in den 5er und 6er Jahrgängen in den wöchentlich stattfindenden Werkstätten. Bei der Fülle der Aufgaben gestaltete sich für uns Förderschullehrer\_innen die Vertretungssituation als großes Problem. Beim krankheitsbedingten Ausfall der Regelschullehrer\_innen wurde auch auf uns zurückgegriffen. Inzwischen wurde dies von Seiten der Förderschulen angemahnt und findet nur noch statt, wenn keine Vertretung durch Regelschullehrerinnen möglich ist.

## EuWiS:

Was sagst du zur Ausgestaltung von Inklusion durch die Politik? Wo sind Weichen schon sinnvoll gestellt worden, wo siehst du Verbesserungsbedarf? Würdest du sagen, insgesamt wünscht sich die Politik die Inklusion, versagt allerdings bei der Ausgestaltung?

## Gesine Schweitzer:

Grundsätzlich sinnvoll war zunächst einmal die Verabschiedung einer rechtlichen Grundlage durch die IVO-Verordnung zur inklusiven Unterrichtung und besonderen pädagogischen Förderung. Diese gibt von vornherein einen rechtlichen Rahmen vor und legt direkt in §1 Abschnitt 1 fest: "Das gemeinsame Leben und Lernen und die individualisierte Bildung und Erziehung aller Schülerinnen und Schüler ist grundlegendes Prinzip der gesamten schulischen Arbeit und Ziel eines inklusiven Schulsystems." Des Weiteren wird in Abschnitt 2 näher definiert, was inklusive Bildung genau bedeuten soll, nämlich vereinfacht gesagt eine Ausrichtung der Schule auf Heterogenität, unabhängig von persönlichen

Voraussetzungen. Probleme sehe ich z. B. durch das Absenken des Anforderungsniveaus nach Absprache mit den Eltern oder auf Beschluss der Klassenkonferenz ohne sonderpädagogische Begutachtung. Eine zeitliche Befristung für temporäre Absenkungen des Niveaus besteht nicht. Durch das Nichtvorliegen einer zeitlichen Begrenzung der o.g. Maßnahme kann ein Schüler damit neun Schulbesuchsjahre mit abgesenktem Niveau unterrichtet werden, ohne dass ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt werden muss und könnte so dann die Schule dementsprechend ohne Hauptschulabschluss verlassen. Die Absenkung des Anforderungsniveaus bedarf keines Gutachtens mehr. Die Anerkennung eines sonderpädagogischen Förderbedarfes erfolgt auf der Grundlage ärztlicher und therapeutischer Berichte sowie der vorliegenden Förderdokumentation, die nicht von einem Förderschullehrer erstellt sein muss. Das sehe ich kritisch. Wo bleibt in diesem Prozess eine sonderpädagogische Qualifikation?

Außerdem verschwimmen häufig die Begriffe Nachteilsausgleich und sonderpädagogischer Förderbedarf. Ein Absenken des Anforderungsniveaus ist aber kein Nachteilsausgleich. Dieser ist keine qualitative Veränderung des Niveaus.

Die aktuelle Änderung des Bundesteilhabegesetzes zeigt, dass der inklusive Prozess, der in den Schulen vorangetrieben wurde, in der Arbeitswelt nicht fortgeführt wird. Die Behindertenverbände kritisieren derzeit die Veränderungen heftig. So müssen wir uns fragen, was passiert mit unseren Schülern nach der Schule?

## EuWiS:

Siehst du bei manchen Kolleg\_innen ein Gefühl der Überforderung was Inklusion betrifft? Ist das allgemeine Begriffsverständnis von Inklusion bisweilen zu einseitig auf verhaltensauffällige Kinder beschränkt?

## Gesine Schweitzer:

Insbesondere Schüler\_innen mit herausfordernden Verhalten oder mangelnden Lernvoraussetzungen rauben den Kollegen und Kolleginnen die Kraft. Anstatt sich durch eine Meldung zur Überprüfung auf sonderpädagogischen Förderbedarf Unterstützung einzuholen, müssen nun neue Konzepte realisiert werden. Die Schüler\_innen mit emotionalen und

sozialen Schwierigkeiten sind angewiesen auf die Präsenz und Begleitung zur Entwicklung eines Lösungsentwurfes, in welches auch Eltern, Fachlehrer und Schulsozialarbeit eingebunden werden. Der Wunsch der Regelschullehrer\_innen nach gezielter Unterstützung und Doppelbesetzung, die nicht nur beratend ist, besteht. Dafür habe ich vollstes Verständnis. Häufig fehlt uns Förderschullehrer\_innen aber die Zeit dem gerecht zu werden. Auch lernschwache Schüler\_innen benötigen mehr Zeit für ihren Lernprozess, der eine intensivere Begleitung voraussetzt. Ein Absenken des Anforderungsniveaus kann nicht die sonderpädagogische Förderung ersetzen. Ich sehe mit dem Ansatz Response-to-Intervention (RTI) eine Möglichkeit, den gewachsenen Forderungen zu entsprechen. Auch das Classroom Management kann eine Verbesserung der Unterrichtskultur, die den unterschiedlichen Bedürfnissen der Schüler\_innen Rechnung trägt, zur Folge haben.

Die Förderschullehrer\_innen unserer Schule sind in einem Team mit regelmäßigen Teamsitzungen organisiert. Der Austausch führt aber nicht zur gleichen Herangehensweise. Jeder Jahrgang organisiert sich auch selbst und formuliert eigene Problemstellungen und Herangehensweisen, die sich nicht direkt übertragen lassen. Um den Bogen zu Kollegen\_innen und der Politik zu spannen: Ich begegne als Förderschullehrerin dem Wunsch der Regelschullehrer\_innen nach mehr Unterstützung in der Inklusion, weil Schüler\_innen in ihren Klassen verbleiben, die massive Verhaltensauffälligkeiten und Lernschwierigkeiten zeigen. Auch diesen Schüler\_innen möchten Lehrer\_innen gerecht werden. Die Eltern als Kooperationspartner von Schule stehen uns nicht immer zur Seite. Erzieherische Aufgaben nehmen im Schulalltag mehr Raum ein. Viele Lehrer\_innen fühlen sich von der Politik in Stich gelassen, wenn ihnen die Ressourcen zur gezielten Förderung

und Unterrichtung fehlen. Ich sehe außerdem in der Halbtagschule leider wenige Möglichkeiten, außerschulische Lernpartner zu integrieren.

## EuWiS:

Wie kann eine groß angelegte Inklusion körperbehinderter Kinder gelingen?

## Gesine Schweitzer:

Wenn du nach der Inklusion von Schüler\_innen im Bereich körperlicher und motorischer Entwicklung fragst, können wir auf langjährige Erfahrungen zurückgreifen. Auch hier gibt es Fragen nach den Ressourcen und der Barrierefreiheit. In unserer Schule ist die Barrierefreiheit im Neubau geschaffen und eine Behindertennasszelle existiert. Ziel wäre es, auch unseren Altbau mit seinen Funktionsräumen behindertengerecht zu gestalten.

Gesine, vielen Dank für das Gespräch. ■

Das Gespräch führte Helmut Bieg

## KOMMENTAR

# Auf dem Rücken der Beschäftigten

Die Inklusion in den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ist in der Sache selbst nicht diskutabel. Sie ist Teil unseres Verständnisses von Menschenwürde und Teilhabe und somit auch nicht verhandelbar.

Der Umgang mit der Inklusion hingegen benötigt eine breite Debatte und in diesem Bereich gibt es einiges zu diskutieren, denn Inklusion ist nicht zum gleichen Preis wie Selektion zu haben, zumindest nicht in der jetzigen, wichtigen Phase, in der ein Gelingen der politischen Absicht langfristige Folgen für alle Beteiligten und vor allem für die gesellschaftliche Akzeptanz haben kann.

Wie man ein solches Projekt auch langfristig schlecht steuern kann und der Sache somit einen Bärendienst erweist, deutet der Artikel über die Situation in Bremen in diesem Heft an und auch im Saarland stehen politischer Anspruch und administrative bzw. personelle Unterstützung in einem auffälligen Missverhältnis. Aus diesem Grunde erscheint das Zitat des Ministers „Es ist vor allem eine Frage der Haltung, nicht der Ausstattung“<sup>1</sup> nicht gerade glücklich; weiß er doch, dass gerade die personelle Versorgung bei weitem nicht ausreichend ist und die zunehmende Belastung infolge der

Inklusion vor allem auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen mit Haltung ausgetragen wird. Ein Missstand.

Inklusion als Prozess in den Schulen und Bildungseinrichtungen braucht Zeit und Mühe - niemand stellt das in Abrede, deswegen sind abschließende Wertungen zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht, zumal auch in Bezug auf den internen Umgang mit Inklusion in den Schulen nur wenige verlässliche Zahlen vorliegen, sei es zum Verfahren zur Anpassung des Anforderungsniveaus in einzelnen Fächern oder auch in Bezug auf die Nutzung des Nachteilsausgleichs.

Dass Inklusion bisher zu einem großen Teil aus der Sicht der Sonderpädagogik diskutiert wurde, ist ein Widerspruch in sich. Eine umfassende Diskussion in den Fächern und aus der Sicht der Regelschule erscheint mehr als überfällig, auch im Saarland. Kolleginnen und Kollegen brauchen mehr Unterstützung als nur einen pädagogischen Tag - es gilt grundlegende Fragen der Unterrichtsorganisation und der Didaktik zu beantworten und in die Schulen zu tragen. Das ist Kärnerarbeit, die auch in den Schulen geleistet werden muss und dafür ist personelle Ausstattung notwendig, sei es um kleinere Klassen zu bilden, Unterricht doppelt zu beset-

zen (in allen Stunden und nicht nur in vier Stunden pro Woche) oder auch um Zeit für die exponentiell gestiegenen Anforderungen an interkollegiale Kommunikation und Absprache zu bewältigen.

Wer angesichts dieser Notwendigkeiten von einem Primat der Haltung spricht, der setzt sich dem Verdacht aus, dass die billige Variante favorisiert wird. Dann wäre Inklusion eben kein politisches Projekt, sondern nur noch eine politische Notwendigkeit, die man ‚so gut es geht‘ umzusetzen hat - zum Leidwesen der Beschäftigten, der Schülerinnen und Schüler und vor allem der Inklusion. ■



Matthias Römer

<sup>1</sup> So abgedruckt im Arbeitnehmer 6/16 als Zitat aus einem Doppelinterview mit dem jetzigen Bildungsminister und seinem Vorgänger Diether Breitenbach.

# Zum Thema empfohlen...



**Inklusion an Schulen**  
Dieser Band zeigt Ihnen, wie Inklusion an Ihrer Schule gelingt und für alle entlastend wirkt. In Kurzform werden die wichtigsten Fragen zur Inklusion beschrieben und besprochen. Themen sind u.a.:

- Vielfalt heterogener Gruppen nutzen
- Individualisiertes Lernen und differenzierte Aufgabenstellungen
- Kooperative Lernformen und geeignete Lernarrangements
- Diagnose und Begleitung individueller Lernentwicklung
- Klassen führen

- Umgang mit Unterrichtsstörungen
- Multiprofessionelle Teams
- Eckpunkte für erfolgreiche Teamarbeit
- Gespräche mit Kollegen und Eltern führen. ■

(red.)

Katja Tews-Vogler & Nina Bähnk: 99 Tipps: Inklusion an Schulen  
Cornelsen Verlag, 141 Seiten, ISBN: 978-3-589-15813-3, Preis: 16,50 Euro

**Inklusive Schulentwicklung**  
Auch Schulen sind Organisationen. So gesehen ist eine umfassende Veränderung wie die Umsetzung von Inklusion ein Prozess der Schulentwicklung, der von einer systemischen Herangehensweise sehr profitieren kann. Saskia Erbring führt zunächst in die Grundlagen systemischer Organisationsentwicklung ein. Ins Zentrum stellt sie deren Unterscheidung zwischen sachlicher, sozialer und zeitlicher Sinndimension und erläutert ihre Bedeutung für das organisationale Lernen.

Zu jeder der Dimensionen vermittelt die Autorin systemische Arbeitsmethoden und gut umsetzbare Hinweise für die Gestaltung einer inklusiven Schule. Dabei liegt das besondere Augenmerk auf einer ressourcenorientierten Teamarbeit - für einen grundlegenden Entwicklungsprozess, der Lehrkräfte, Sonderpädagogen, Schulleiter, Eltern und Schüler gleichermaßen einbezieht und entlastet.

Im letzten Teil des Buches formuliert die Autorin fünf Leitsätze für eine inklusive Schulentwicklung. Anhand von Fallbeispielen illustriert sie verbreitete Bedenken zum Thema Inklusion und entwickelt Leitfragen, die helfen können, diese Bedenken zu überwinden und die Gestaltung inklusiver Schulentwicklungsprozesse erfolgreich anzugehen. ■

(red.)

Langenscheidt Bildwörterbuch Arabisch-Deutsch, Langenscheidt-Verlag  
ISBN: 978-3-468-20594-1, Preis: 7,99 Euro



# Reden ist Gold

Eine neue Studie zeigt, warum so viele Ausbildungsverträge zwischen Jugendlichen und Betrieben vorzeitig gelöst werden und was man dagegen tun kann

Fast ein Viertel aller beruflichen Ausbildungsverträge wird jedes Jahr vorzeitig gelöst. Einer der Hauptgründe dafür sind Konflikte, die oftmals auf eine mangelnde oder misslungene Kommunikation zwischen Auszubildenden und Betrieben zurückzuführen sind. Dies zeigt eine Studie des Soziologischen Forschungsinstituts (SOFI) an der Georg-August-Universität Göttingen, die von der Vodafone Stiftung gefördert wurde. „Ein Ausbildungsabbruch ist für viele Jugendliche eine schwere Phase, denn sie empfinden dies als Scheitern, werden demotiviert und verlieren wertvolle Lebenszeit“, so der Geschäftsführer der Vodafone Stiftung, Dr. Mark Speich. Aber auch die Unternehmen seien laut Speich sehr daran interessiert, die Auszubildenden zu halten, denn aufgrund des demographischen Wandels werde es immer schwerer, genug junge Menschen zu finden. Allein im vergangenen Jahr konnten über 40.000 Ausbildungsplätze nicht besetzt werden.

Die Studie hatte daher das Ziel, die Ursachen für vorzeitige Vertragslösungen in der Berufsausbildung zu ergründen, denn diese lassen sich allein durch Auswertung amtlicher Statistiken nur schwer erfassen. Zwar gibt es hierzu bereits Befragungen von Auszubildenden und Betrieben, bei denen aber oft der jeweils anderen Seite die Verantwortung für die Vertragslösung zugeschoben wird. „Deshalb haben wir erstmals systematisch Ausbildungsbegleiter befragt, also externe Vermittler, die Jugendliche und Betriebe beraten“, so der Studienleiter des SOFI, Dr. Harald Wolf. Diese außenstehenden, aber erfahrenen Expertinnen und Experten haben laut Wolf nicht nur eine unparteiische Sicht, sondern auch einen tiefen Einblick in viele unterschiedliche Fälle und können somit auch Lösungswege aufzeigen. Doch zunächst zu den Problemen, die der Einschätzung der Ausbildungsbegleiter nach, immer wieder zu vorzeitigen Vertragslösungen führen. Hierbei handelt es sich vor allem um drei große Herausforderungen, die sich gegenseitig verstärken.

## In Kleinbetrieben kommen viele Risiken zusammen

Klein- und Kleinstbetriebe, die fast die Hälfte aller Ausbildungsplätze stellen, stehen oft unter hohem wirtschaftlichem Druck und haben wenige Ressourcen, um eine Ausbildung zu gestalten. Der Betrieb wird dann oft für den Auszubildenden kaum als Lernort, sondern vor allem als Arbeitsort erlebt, an

dem sie sich völlig den Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen des Betriebes unterordnen müssen, so die Beobachtung der Ausbildungsbegleiter. Zudem gebe es oft eine strenge Hierarchie und der Ausbilder sei zugleich der Betriebsleiter. Dies würde die Auszubildenden zusätzlich hemmen, ihre Interessen deutlich zu machen, und eine sachliche Kommunikation bei Konflikten werde erschwert.

## Für die Jugendlichen ist die Ausbildung eine große Umstellung in einem schwierigen Alter

Die Ausbildungszeit ist für die meisten Jugendlichen eine Phase der Rollenfindung, als Erwachsene und Arbeitnehmer. Neue Verhaltensanforderungen überfordern viele und das Risiko einer Vertragslösung steigt, wenn Azubis sich schwer damit tun, sich in die betrieblichen Regularien des Arbeitsalltags, wie Pünktlichkeit, Umgang mit Arbeitsschutz, Einhaltung von bürokratischen Abläufen, z.B. Krankmeldungen, einzugliedern.

## Mangelnde Kommunikation führt zum Eindruck mangelnder Wertschätzung

Für erfolgreiche Ausbildungsverhältnisse, die von Respekt und Vertrauen geprägt sind, ist ein beidseitiger offener Meinungs- und Interessensaustausch wichtig. Die Erfahrung der Ausbildungsbegleiter zeigt, dass Ausbildungsverhältnisse eher scheitern, wenn in einem Betrieb keine „Gesprächskultur“ gepflegt wird. In diesen Fällen haben die Auszubildenden keine klaren Ansprechpartner und es werden keine regelmäßigen Anleitungs- und Feedbackgespräche geführt. Sie nehmen einen Mangel an Kommunikation dann als fehlenden kollegialen Respekt und als Ausdruck der eigenen Machtlosigkeit wahr. Da eben dieser innerbetrieblichen Kommunikation eine Schlüsselrolle zukommt, um Konflikte von vornherein zu entschärfen, empfehlen die befragten Ausbildungsbegleiter genau dort anzusetzen. Hierfür geben sie unter anderem folgende Anregungen, durch die Auszubildende wie auch Ausbilder auf ihre Rollen vorbereitet werden können.

## Schülern praxisnähere Berufsorientierung geben und Erwartungen realistisch ausrichten

Schülerinnen und Schüler sollten in den letzten Schuljahren bessere Möglichkeiten erhalten, die Betriebs- und Berufsrealitäten

kennenzulernen, um diese mit ihren eigenen Interessen und Fähigkeiten abzugleichen. Hierfür sollten ihnen konkretere und umfassendere Informationen über die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in den unterschiedlichen Berufen und Branchen zur Verfügung gestellt werden. Außerdem bedarf es mehrerer sowie längerfristiger Praktika.

## Externe Beratung für Auszubildende sowie Betriebe bündeln, stärken und verstetigen

Um vor allem kleinere Betriebe dabei zu unterstützen, die Ausbildung bei ihnen bestmöglich zu gestalten, gibt es bereits einige Angebote für eine externe Ausbildungsberatung und -begleitung.

Allerdings handelt es sich hierbei bisher häufig nur um befristete Projekte, die unterschiedlichsten Zuständigkeiten unterliegen. Dies wird von Auszubildenden ebenso wie von Betrieben oft als kurzatmig und unübersichtlich empfunden und erschwert den Kontakt zu geeigneten Vertrauenspersonen bei Fragen oder Konflikten. Um hier eine größere Transparenz und Stabilität zu schaffen, sollten solche ausbildungsbezogene Dienstleistungen für jede Region durch zentrale sowie dauerhaft finanzierte Informations- und Beratungsstellen gebündelt werden.

## Ausbilder in den Betrieben gezielt unterstützen und regelmäßig weiterbilden

Um auch innerbetrieblich die Qualität und das Management der Ausbildung zu stärken, sollte die Ausbilderrolle noch stärker professionalisiert werden. Ein wichtiger Hebel hierfür ist die bessere Qualifizierung des Ausbildungspersonals, beispielsweise durch pflichtgemäße Fortbildungen, um sie im konstruktiven Umgang mit Konflikten und anderen Kommunikationsfähigkeiten zu stärken. Diese Angebote sollten so zugeschnitten sein, dass sie die zeitlichen Kapazitäten der Ausbilderinnen und Ausbilder nicht übersteigen. ■

(red.)

Eine Zusammenfassung des Forschungsberichts steht zum kostenlosen Download bereit unter: [www.vodafone-stiftung.de](http://www.vodafone-stiftung.de)

ANZEIGE



Sicherheit für den Fall der Dienst- oder Berufsunfähigkeit ist wichtig! Denn dieses Risiko wird oft unterschätzt. Die HUK-COBURG bietet Ihnen Sonderkonditionen bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung. Damit sparen Sie über die gesamte Laufzeit bares Geld! Sprechen Sie mit uns. Wir beraten Sie gerne auch persönlich vor Ort:

**Geschäftsstelle Saarbrücken**  
Ralf Brem, Ralf.Brem@HUK-COBURG.de

**GEW** 2% Nachlass bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung für Mitglieder der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

**HUK-COBURG**  
Aus Tradition günstig



**Nutzen Sie unsere attraktiven Sonderkonditionen**

Dienstunfähigkeitsversicherung  
Berufsunfähigkeitsversicherung

Versicherungsschutz bis 67 möglich!

# Erfolgreicher erster Talent-Workshop der StudienStiftungSaar



Seminarraum: Christian Thomaser (Geschäftsführer der StudienStiftungSaar), Bettina Hans (Lehrerin am Gymnasium am Steinwald, Neunkirchen), Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums

Seit 01. September 2016 ist die Bewerbung zum Junior-Stipendium der StudienStiftung Saar im Onlineportal unter [www.studienstiftungsaar.de](http://www.studienstiftungsaar.de) das ganze Jahr hindurch möglich.

Das Junior-Stipendium richtet sich an talentierte und leistungsfähige Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen im Saarland (ab Klassenstufe 9) und bietet den Stipendiaten mit einem Workshop-Programm vielfältige Möglichkeiten der Studien- und Berufsfeldorientierung. Mit Seminaren zur Persönlichkeitsentwicklung, einer individuellen Talentdiagnostik und Orientierungsveranstaltungen in alle erdenklichen Richtungen, werden Junior-Stipendiaten der StudienStiftung Saar auf das Studium vorbereitet. Wenn sie an einer der Hochschulen im Saarland ihr Studium aufnehmen, erhalten sie finanzielle Unterstützung im ersten Studienjahr.

Um gleiche Bewerbungsvoraussetzungen für alle talentierten Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen, bietet die StudienStiftung Saar jetzt auch „Talent-Workshops“ an, die ebenfalls das ganze Jahr hindurch besucht werden können.

Die Schüler\_innen sollen vorhandene Bewerbungsunterlagen mitbringen und unter professioneller Anleitung bearbeiten oder ganz neu erstellen. Die Dozenten der StudienStiftungSaar geben Hilfestellung beim Verfassen von Lebenslauf und Motivations schreiben. Bei Bedarf wurden Printunterlagen digitalisiert und Fotos gemacht. Insgesamt werden in den Workshops die nötigen Voraussetzungen geschaffen, um gleich vor Ort die Bewerbungen abzuschließen. Weiterhin wird die Situation von Auswahlgesprächen simuliert, sodass die Schülerinnen und Schüler sich auch darauf vorbereiten können und ihnen die Angst vor den Gesprächen genommen wird.

"Talent lässt sich nicht allein durch Noten messen - wir wollen spannende Persönlichkeiten fördern, die sich für andere einsetzen", so Christian Thomaser, Geschäftsführer der StudienStiftungSaar. "Wir sehen uns als Stiftung in der Verantwortung, möglichst alle Hürden für die Bewerbung zu nehmen und bieten mit den neuen Workshops gleichzeitig mehr Chancengleichheit im Bewerbungsverfahren."

Als Talentscout der StudienStiftungSaar hat Frau Bettina Hans, Lehrerin und Koordinatorin der Oberstufe am Gymnasium am Steinwald in Neunkirchen, den Workshop für 15 talentierte Schülerinnen und Schüler ihrer Schule gebucht.

Am Ende des Tages waren alle Beteiligten sehr zufrieden mit Verlauf und Ergebnis des neuen Workshops. Frau Hans, die ihre Schülerinnen und Schüler nach Saarbrücken begleitet hat, stellt zusammenfassend fest: „Der Talent-Workshop bietet eine umfassende Hilfe bei Bewerbungen für ein Juniorstipendium der StudienStiftungSaar, angefangen beim Anfertigen von Lebenslauf, Motivationsschreiben, Bewerbungsfoto, Hochladen der Dokumente bei der Online-Bewerbung bis hin zur Vorbereitung auf das Auswahlgespräch.“

Das Team der StudienStiftungSaar führte uns professionell und kurzweilig durch dieses umfangreiche Programm. Sowohl meine Schüler als auch ich ziehen ein durchweg positives Resümee und bedanken uns nochmal herzlich beim Team für die tatkräftige Unterstützung. ■

**Katrin Schramm**  
StudienStiftungSaar

**Kontakt:**  
StudienStiftungSaar Schubertstrasse 4  
66111 Saarbrücken  
Tel.: 0681 93837620  
Fax.: 0681 93837627  
Mobil: 0179- 593 56 68  
E-Mail: [katrin.schramm@studienstiftungsaar.de](mailto:katrin.schramm@studienstiftungsaar.de)  
E-Mail: [info@studienstiftungsaar.de](mailto:info@studienstiftungsaar.de) [www.studienstiftungsaar.de](http://www.studienstiftungsaar.de)

Foto: Katrin Schramm, StudienStiftungSaar

**Bildung ist ein Menschenrecht.**



# Was die Deutschen befürworten

Bildungsmaßnahmen zur Integration der Flüchtlinge

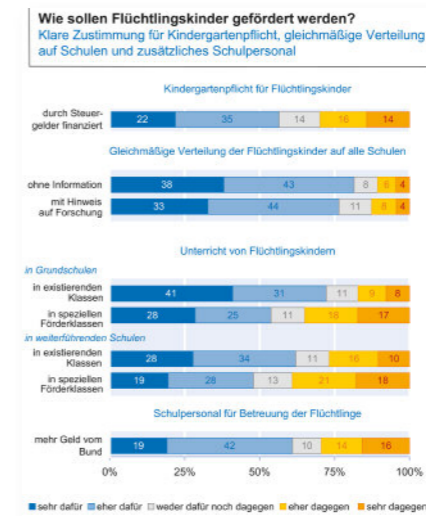
**Zusammenfassung des Artikels von Ludger Wößmann, Philipp Lergetporer, Franziska Kugler und Katharina Werner, der im Rahmen des im ifo-Zentrums für Bildungsökonomik bearbeiteten Projekts „Die politische Ökonomie der Bildungspolitik: Erkenntnisse aus einer Meinungsumfrage“ entstanden ist.**

In ihrem Beitrag untersuchen die Autoren die öffentliche Meinung der deutschen Bevölkerung zu verschiedenen bildungspolitischen Maßnahmen bezogen auf die Integration von Flüchtlingen. Dazu wurden im ifo Bildungsbarometer 2016, einer repräsentativen Meinungsumfrage der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland, über 4.000 Personen zu Themen der Flüchtlingsintegration befragt. Die Befragung wurde von Ende April bis Anfang Juni 2016 durchgeführt. Eine methodische Besonderheit besteht darin, dass bei einigen Fragen jeweils einem zufällig ausgewählten Teil der Befragten bestimmte Informationen zur Verfügung gestellt wurden, bevor sie dieselbe Frage beantworteten wie der andere Teil der Befragten, der diese Information nicht erhalten hat. Durch diese Methodik lässt sich feststellen, welchen Einfluss die bereitgestellten Informationen auf das Meinungsbild der deutschen Bevölkerung haben.

Ganz wichtig ist es den Autoren festzuhalten, dass die vorliegenden Ergebnisse (von denen in dieser Zusammenfassung nur eine Auswahl abgebildet werden kann) lediglich das Meinungsbild der Bevölkerung widerspiegeln. Sie lassen keine Schlüsse darüber zu, ob die jeweilige Maßnahme aus wissenschaftlicher oder politischer Sicht begrüßenswert oder erfolgversprechend wäre.

Im Folgenden möchte ich mich auf die Umfrageergebnisse „Wie sollen Flüchtlingskinder gefördert werden“ und den Unterschied in den Meinungen von Lehrkräften und Gesamtbevölkerung beschränken.

Um die Meinung der Bevölkerung zu der Frage: „neue ankommende Flüchtlingskinder besser erst einmal unter sich lassen, sog. ‚Willkommensklassen‘ oder sofortige Integration der Flüchtlingskinder in bestehenden Klassenverband“ zu erfahren, wurden die Befragten bevor sie antworteten zunächst mit folgender Abwägung auf die Frage vorbereitet: „Manche sagen, dass Flüchtlingskinder sehr schnell in die existierenden Schulklassen integriert werden sollten (begleitet von Sprach- und Unterstützungsmaßnahmen), um Sprache und Kultur schnell kennenzulernen.“



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): a) Kindergartenpflicht für Flüchtlingskinder - durch Steuer-gelder finanziert. Sind Sie für oder gegen eine Kindergartenpflicht für Flüchtlingskinder ab einem Alter von drei Jahren, wenn die Gebühren vom Staat durch Steuer-gelder übernommen werden?

Frage 2 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): Gleichmäßige Verteilung der Flüchtlingskinder auf alle Schulen - ohne Information [mit Hinweis auf Forschung] [Studien zeigen, dass es sich nicht negativ auf den Schulerfolg von einheimischen Kindern auswirkt, wenn nur einige wenige Kinder mit Migrationshintergrund in ihre Schulklasse kommen.] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Flüchtlingsfamilien regional so verteilt werden, dass sich die Flüchtlingskinder möglichst gleichmäßig auf alle Schulen in Deutschland verteilen?

Frage 3 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): Unterricht von Flüchtlingskindern - [in existierenden Klassen] [in speziellen Förderklassen] Manche sagen, dass Flüchtlingskinder sehr schnell in die existierenden Schulklassen integriert werden sollten (begleitet von Sprach und Unterstützungsmaßnahmen), um Sprache und Kultur schnell kennenzulernen. Andere sagen, dass Flüchtlingskinder zunächst längere Zeit getrennt in speziellen Förderklassen unterrichtet werden sollten, um sie auf den Regelunterricht vorzubereiten. [Sind Sie dafür oder dagegen, Flüchtlingskinder sehr schnell in die existierenden Schulklassen zu integrieren?] [Sind Sie dafür oder dagegen, Flüchtlingskinder zunächst längere Zeit getrennt in speziellen Förderklassen zu unterrichten?]

Frage 4 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): Schulpersonal für Betreuung der Flüchtlinge - mehr Geld vom Bund Sind Sie dafür oder dagegen, dass der Bund den Schulen mehr Geld zur Verfügung stellt, um Sozialarbeiter/innen, Sprachlehrer/innen und Psychologinnen/Psychologen für die Betreuung der Flüchtlinge zu bezahlen? a) Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit dem zusätzlichen Hinweis gestellt, dass die Forschung zeigt, dass Kinder am schnellsten eine neue Sprache und Kultur erlernen, wenn sie im täglichen Kontakt mit mutter sprachlichen Kindern sind. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne den Hinweis unterscheidet, wurden die Ergebnisse hier nicht dargestellt.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016.

Andere sagen, dass Flüchtlingskinder zunächst längere Zeit getrennt in speziellen Förderklassen unterrichtet werden sollten, um sie auf den Regelunterricht vorzubereiten.“

Vor diesem Hintergrund wurde eine erste Teilgruppe gefragt, ob sie dafür oder dagegen sind, Flüchtlingskinder sehr schnell in die existierende Schulklasse zu integrieren. In dieser Teilgruppe spricht sich die Mehrheit der Befragten über die Schulformen hinweg zu einem hohen Prozentsatz (Grundschule 72%; weiterführende Schulen 62%) für eine schnelle Integration in existierende Klassen aus. Lediglich eine kleine Minderheit ist in diesem Setting gegen die schnelle Integration. Eine zweite Teilgruppe wurde nach derselben Einführung gefragt, ob sie dafür oder dagegen sind, Flüchtlingskinder zunächst längere Zeit getrennt in speziellen Förderklassen zu unter-

richten. In dieser Teilgruppe spricht sich die Mehrheit der Befragten (Grundschule 54%, weiterführende Schule 48%) für den längeren Unterricht in speziellen Förderklassen aus, für eine schnelle Integration ist in diesem Fall lediglich eine Minderheit von 35% bzw. 39%. Auch wenn je nach Fragestellung veränderte Zustimmungswerte erreicht wurden, ist die Zustimmung zu einer schnellen Integration deutlich höher, als die Ablehnung von speziellen Förderklassen.

## Unterschied in den Meinungen von Lehrkräften und Gesamtbevölkerung

Insgesamt zeigte sich, dass Lehrkräfte vielen Bildungsreformen zur Integration von Flüchtlingen deutlich positiver gegenüberstehen als die Gesamtbevölkerung. Lediglich in der Einschätzung, dass der Bildungsstand der Flüchtlinge eher niedrig ist, unterscheiden sich die Lehrkräfte nicht signifikant von der Gesamtbevölkerung.

So sprechen sich 82% der Lehrkräfte für eine Kindergartenpflicht der Flüchtlingskinder ab drei Jahren aus (in der Gesamtbevölkerung sind es nur 56%). Auch in der Frage um die Mittelerrhöhung für Schulpersonal, damit die Betreuung der Flüchtlinge gewährleistet werden kann, sprechen sich 90% der Lehrer\_innen dafür aus (in der Gesamtbevölkerung gerade einmal 61%).

Mit 83% spricht sich ein größerer Anteil der Lehrerschaft als der Gesamtbevölkerung (72%) für eine schnelle Integration von Flüchtlingskindern im Grundschulalter in existierende Schulklassen aus. Bei den Flüchtlingskindern an weiterführenden Schulen spricht sich aber eine deutliche Mehrheit der Lehrer\_innen (66%) im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung(48%) für zunächst längere Zeit getrennten Unterrichts in speziellen Förderklassen aus. Die Ergebnisse dieser Umfrage geben einen wichtigen ersten Eindruck vom Meinungsbild der deutschen Bevölkerung zu Fragen der Bildungsintegration von Flüchtlingen.

Erfreulicherweise zeigt diese Befragung der deutschen Bevölkerung, dass zusätzliche Bildungsmaßnahmen für die Integration der zu uns Geflüchteten in Bereichen wie Kindergarten- und Schulpflicht, verpflichtende Sprachkurse, schnellere Integration in den Regelunterricht, zusätzliche soziale Kräfte in den Schulen (...) mehrheitlich begrüßt werden. ■

**Anna Haßdenteufel**

(ifo Schnelldienst 17/2016 – 69. Jahrgang – 15. September 2016.)



# Seniorinnen und Senioren im Musée La Mine



Die GEW Seniorinnen und Senioren der Kreisverbände Saarpfalz und Blies haben sich auch in diesem Jahr zu einer kulturellen und geselligen Veranstaltung getroffen. Für die Organisation der Veranstaltung war in diesem Jahr die Seniorinnenvertreterin des KV Blies verantwortlich.

Am 20. September 2016 trafen sich Seniorinnen aus beiden Kreisverbänden und der

Vorsitzende unseres Landessenioren Ausschusses, Harald Ley, um 9.30 Uhr am Musée La Mine Wendel, rund 10 Km von Saarbrücken entfernt bei unseren lothringischen Nachbarn in Petite Roselle. Hier begrüßte uns mit einem herzlichen „Glückauf“ Herr Horst Schmadel zu einer Führung über das ehemalige Zechengelände und durch das Schaubergwerk der Grube Wendel. Als ehemaliger Bergmann hatte er nicht nur umfassende Sachkenntnis

se zu den Fördertechniken und deren Entwicklung bis zum Ende des Bergbaus in unserer Region, sondern war auch mit allen alltäglichen Abläufen der Arbeit in den Kohlegruben vertraut. Mit seinen exzellenten Kenntnissen der Bergbaugeschichte Lothringens und des Saarlandes, des Alltagslebens der Bergleute und Hinweisen auf die durch den Bergbau veränderte Landschaft im Grenzraum Saarland - Lothringen führte er uns sehr kurzweilig durch das Museum. Dabei war unverkennbar, dass ihm die Geschichte unserer Heimat und des Bergbaus eine Herzensangelegenheit ist und er dies den Besucher\_innen unterhaltsam und spannend vermitteln kann.

Nach dem zweistündigen Fußmarsch auf dem Gelände und durch das Schaubergwerk begann der gemütliche Teil unserer Veranstaltung im Restaurant „Warndtperle“ im nahe gelegenen Ludweiler. Willi Schirra, Geschäftsführer unseres Landesverbandes, informierte uns dort ausführlich über aktuelle gewerkschaftliche Themen und Harald Ley berichtete noch einiges aus der Seniorinnenarbeit der GEW auf Landes- und Bundesebene. ■

**Helma Wagner**

Foto: Helma Wagner

# Fortbildung ist Mehrwert

Lehrwerkmeister\_innen fordern Bereitstellung von Qualifizierungsmaßnahmen zur Höhergruppierung



Karl-Heinz Barz überreichte die Unterschriften der Lehrwerkmeisterinnen und Lehrwerkmeister der verschiedenen Berufsbildungszentren im Saarland im Bildungsministerium Herrn Hubert Maschlanka am 7.10.2016.

Am 13. Juli 2016 trafen sich mehr als 30 Lehrwerkmeister\_innen zusammen mit Klaus Graus, ehemaliger HPR-Vorsitzender, Referatsleiter Hubert Maschlanka vom Bildungsministerium und Willi Schirra, der Tarifexperte der GEW Saarland zu einer Informationsveranstaltung in der GEW-Geschäftsstelle und stellten sich den zahlreichen Fragen der Kolleg\_innen. Eingeladen hatte die stellvertretende Landesvorsitzende und Fachgruppenvorsitzende der GEW, Birgit Jenni. Inhaltlich ging es um die gestiegene Belastung durch den Einsatz in pädagogisch anspruchsvollen Klassen und in Flüchtlingsklassen, ebenso um die Höhergruppierung der Lehrwerkmeister\_innen in die Entgeltstufe 10. In diesem Zusammenhang wurde die Forderung nach der Bereitstellung von Qualifizierungsmaßnahmen, die eine Voraussetzung für die Höhergruppierung sind, erneut vehement eingefordert.

Ergebnis dieses Abends war eine Unterschriftenaktion. GEW-Mitglied Karl-Heinz Barz, Lehrwerkmeister am BBZ St.Ingbert, organisierte die Unterschriftenaktion landes-

weit. An dieser Unterschriftenaktion beteiligte sich eine große Mehrheit der betroffenen Lehrwerkmeister\_innen. Folgende Forderungen wurden an den Minister für Bildung und Kultur Ulrich Commerçon gerichtet:

■ Wir brauchen unserem Aufgabengebiet entsprechend angepasste Fortbildungen, damit wir die komplexen und pädagogisch anspruchsvollen Aufgaben, z.B. Flüchtlingsbeschulung, Inklusion, besser bewältigen können.

■ Darüber hinaus fordern wir die für eine Höhergruppierung erforderliche Qualifizierungsmaßnahme im Umfang von 160 Stunden.

Initiiert und damit unterstützt wurden diese Forderungen der Lehrwerkmeister\_innen vom HPR Berufliche Schulen durch einen Brief an den Minister im Schuljahr 2016/2017. ■

**Birgit Jenni**

Foto: Birgit Jenni

# A13/E13 für Alle!

Fast 4.000 Unterschriften an Ministerium überreicht!

Die GEW hat mit einer Online-Petition ihrer langjährigen Forderung nach einer Anpassung der Besoldung für Grundschullehrer\_innen Nachdruck verliehen. Innerhalb von drei Monaten wurden 3.818 Unterschriften gesammelt, die eine Erhöhung der Besoldung von A12 nach A13, bzw. von E11 nach E13 unterstützen, um somit das Grundschullehreramt mit anderen Lehrämtern gleichzustellen.

Die Unterschriften wurden am 21.09.2016 der Staatssekretärin am Ministerium für Bildung und Kultur, Frau Andrea Becker durch die Vorsitzenden der Fachgruppe Grundschulen, Christine Salm-Gaab und Thomas Schulgen sowie den stellvertretenden GEW-Vorsitzenden Birgit Jenni und Andreas Sánchez Haselberger überreicht.



v.l.n.r.: Andreas Sánchez Haselberger, Birgit Jenni, Andrea Becker, Christine Salm-Gaab, Thomas Schulgen

## Starke Verdichtung der Arbeit

Die GEW weist mit der Aktion erneut darauf hin, dass sich die Arbeit der Grundschullehrer\_innen in den letzten Jahren stark verdichtet hat. Der Heterogenität der Schülerschaft und dem Anspruch einer individuellen Förderung begegnen die Grundschulen in ihrer Tradition als Schule für alle Kinder sehr innovativ - und das trotz unzureichender Ressourcen und zu hoher Pflichtstundenzahl.

## Ende der mittelbaren Diskriminierung aufgrund des Geschlechts

Die Grundschulen haben mit ca. 90% den höchsten Frauenanteil bei den Lehrkräften. Bei der Besoldung nach A12 handelt es sich

um eine mittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts - zu diesem Schluss kam ein Gutachten der Europa-Rechtswissenschaftlerinnen Prof. Dr. Eva Kocher, Dr. Stefanie Porsche und Dr. Johanna Wenckebach, dass im Auftrag der GEW angefertigt wurde. Sowohl hinsichtlich der Ausbildung als auch der tatsächlichen Arbeit von Grundschullehrkräften ist ihre Tätigkeit gleichwertig mit der an anderen Schulformen. Eine finanzielle Benachteiligung ist daher nicht länger hinnehmbar.

Im Zuge dieser Petition bekräftigt die GEW Saarland ihre Forderung nach A13/E13 auch für alle Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen.

Seit 2008 erhalten alle Grund- und Hauptschullehrer\_innen (A12) an Gemeinschaftsschulen nach 5-jähriger Bewährungszeit eine ruhegehaltstfähige Zulage von 200 Euro. Die noch immer klaffende Lücke zur Besoldungsstufe A13 muss ebenfalls endgültig geschlossen werden.

Die Staatssekretärin Frau Becker sicherte zu, dass zu dieser Thematik zeitnah weitere Gespräche mit der GEW stattfinden werden. Wir werden nicht locker lassen. ■

**Andreas Sánchez Haselberger**

Foto: Rüdiger Fries, Bildungsministerium

## DIE FACHGRUPPE ERWACHSENENBILDUNG INFORMIERT:

„Erfolg der GEW: Reform des Vergaberechts für Dienstleistungen“

Arnfried Gläser (Referent beim GEW-Hauptvorstand)

28. November 2016, 17 Uhr, Hotel Kaiserhof, Saarbrücken, Mainzer Str. 78

Die Landesfachgruppe Erwachsenenbildung/Weiterbildung trifft sich bei Kaffee und Kuchen offiziell zu ihrer Hauptversammlung und wählt eine neue Leitung. Im Anschluss daran erläutert uns Arnfried Gläser die Bedeutung der Vergabeordnung für die freien Träger in Bildungs- und Sozialpolitik. Dazu sind herzlich die Mitglieder anderer Fachgruppen, sozialpädagogische Berufe, Hochschule etc. eingeladen, für die die Vergabepolitik der öffentlichen Hand (über-) lebensnotwendig geworden ist.

**Vorzumerken:** „Von der UNO nach Saarbrücken“. Über die erfolgreichen Anstrengungen der GEW in der Erwachsenenbildung zu berichten, aber auch zu den Aufgaben in den nächsten Jahren, kommt Ansgar Klinger, Mitglied im Hauptvorstand der GEW und verantwortlich für die Berufliche Bildung und Weiterbildung: Am 3. Februar im Großen Saal der Arbeitskammer, Fritz-Dobisch-Straße um 17 Uhr hält er Zwischenbilanz in der Weiterbildung und feiert den gelungenen Generationswechsel in der Bundesfachgruppe Weiterbildung.

# Stellenabbau im Bildungsbereich vom Tisch

## Gespräch zwischen Gewerkschaften und Landesregierung

Zum achten Mal trafen sich Landesregierung und Vertreter der DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des Beamtenbundes zu Spitzengesprächen. Die DGB-Gewerkschaften waren bei diesem Gespräch, das am 21.09.2016 in der Staatskanzlei stattfand, durch Eugen Roth (DGB), Thomas Bock (GEW), Ralf Porzel (GdP) und Michael Blug (ver.di) vertreten.

Bis zum Jahr 2020 sollten 2400 von 23000 Stellen in der Landesverwaltung gestrichen werden, um die Schuldenbremse einzuhalten, so das Ziel der Landesregierung bei Amts-

worden. Auf der Basis des 2010 prognostizierten demographischen Wandels hätten 1400 Stellen gestrichen werden können. In den Verhandlungen war 2013 von Gewerkschaftsseite erreicht worden, dass die Stellenstreichungen im Schulbereich tatsächlich jedoch in weit geringerem Umfang hätten vorgenommen werden sollen (588 Stellenstreichungen). Die restlichen Stellen sollten für Qualitätsverbesserungen im Bildungssystem bleiben (demographische Rendite).

Seitdem haben sich jedoch die Prognosen von 2010 ins Gegenteil verkehrt. Statt eines

nichts ändern wird, ist klar. Daher würde der Schulbereich auch weiterhin von Stellenstreichungen ausgenommen bleiben, so war von Seiten der Landesregierung zu hören.

Den Bereich Grundschule betreffend wies Thomas Bock für die GEW auf die prekäre Einstellungslage hin. So mussten für das laufende Schuljahr offene Stellen an den Grundschulen mehrheitlich mit Gymnasiallehrkräften besetzt werden, weil es nicht genügend Bewerber\_innen mit Primarstufenausbildung gab. Um dem sich vermutlich noch verschlimmernden Personalmangel entgegenzuwirken, sei es dringend erforderlich, die Attraktivität dieses Berufes zu erhöhen, betonte Thomas Bock.

### Tarifübertragung

Nach dem Abschluss der Tarifrunde (TdL) im Frühjahr 2015 war in den Verhandlungen von Gewerkschaftsseite (DGB) die inhaltsgleiche, obschon nicht zeitgleiche Übernahme der Tarifsteigerung für den Beamtenbereich erreicht worden. Trotz der zeitlichen Verzögerung der Besoldungserhöhung vor allem in den höheren Besoldungsgruppen war das Ergebnis angesichts von Nullrunden beispielsweise in Hessen oder von 1%-igen Erhöhungen per Gesetz (NRW) ein Erfolg für die Gewerkschaften.

Für die Gewerkschaften des DGB machte Eugen Roth in den Gesprächen sehr deutlich, dass sie von einer inhalts- und zeitgleichen Übertragung des Ergebnisses der Tarifverhandlungen 2017 auf die Beamten im kommenden Frühjahr ausgehen und dies auch fordern werden. Von Seiten der Landesregierung wurde die mögliche inhaltsgleiche Übertragung bereits in Aussicht gestellt.

### Novellierung des Personalvertretungsgesetzes

Bei der Novellierung des aus dem Jahre 1973 stammenden Saarländischen Personalvertretungsgesetzes gibt es im Bildungsbereich zum einen Änderungsbedarf, was die Wahlen der Örtlichen Personalräte an den Studienseminaren anbelangt. Durch die Verkürzung des Vorbereitungsdienstes auf drei Semester, ist es nahezu unmöglich geworden, geeignete Kandidaten zu finden, die über

ein Jahr lang dieses Amt ausführen können. Daher schlägt die GEW vor, dass zukünftig die gewählten Semestersprecher\_innen des ersten bis dritten Semesters den Personalrat bilden.

Zum anderen sind nach Ansicht der GEW Änderungen im Hochschulbereich notwendig. Im Bereich der Mitbestimmung in Personalangelegenheiten der wissenschaftlichen Mitarbeiter\_innen sollte die bisherige Regelung, die die Mitbestimmung auf Antrag vorsieht, durch eine Abwahlmöglichkeit ersetzt werden. Dadurch wären Personalangelegenheiten grundsätzlich mitbestimmungspflichtig und die mögliche Stigmatisierungsgefahr für die Antragsteller\_innen gebannt.

### Betriebliches Gesundheitsmanagement

Bezüglich der beiden Dienstvereinbarungen „Sucht“ und „Betriebliches Eingliederungsmanagement“ stellte Minister Commerçon eine Fertigstellung noch für diesen Herbst in Aussicht. Hier müssten noch Uneinigkeiten mit den Personalräten hinsichtlich der Federführung (Dienstaufsicht oder Schulleiter\_in) geklärt werden.

Auf die Nachfrage nach dem Planungsstand bezüglich der Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Lehrergesundheit gab die

Landesregierung die Auskunft ein solches Zentrum am LPM anzusiedeln und dafür 2 Millionen Euro pro Jahr bereit zu stellen. Eine enge Kooperation mit dem rheinland-pfälzischen Institut für Lehrergesundheit wird angebahnt.

Eugen Roth wies auf die Dringlichkeit hin, den Lehrstuhl für Arbeitsmedizin nachzusetzen. Die Landesregierung konnte zu diesem Zeitpunkt keine Zusage machen. ■



Thomas Bock  
GEW-Arbeitsbereich  
Schule



Foto: Ralf Porzel, GdP Saarland

antritt im Jahr 2012. Grundsätzlich sehen die Gewerkschaften diese Verhandlungen kritisch. Daher wurde stets betont, dass die Gewerkschaften die Stellenstreichungen nicht mit beschlossen, sondern nur zur Kenntnis genommen haben. Aber: „Verhandeln ist besser, als Dinge von oben verordnet zu bekommen“ so Eugen Roth in diesem Zusammenhang.

### Der Schulbereich

Für den Bildungsbereich waren im Laufe der Verhandlungen Ausnahmen beschlossen

Schüler\_innenrückgangs verzeichnet das Saarland einen erheblichen Schüler\_innenzuwachs, zum einen durch Zuwanderung, aber zum anderen auch durch eine Erhöhung der Geburtenrate. Die Landesregierung hatte der GEW zugesichert, dass bei höheren Schüler\_innenzahlen der Stellenplan nach oben angepasst wird.

Folgerichtig wurden nicht etwa Stellen im Schulbereich gestrichen, sondern im vergangenen Schuljahr über 280 zusätzliche Lehrer\_innen eingestellt. Dass sich an diesem gestiegenen Personalbedarf auch so schnell

Am 22. September verstarb unsere Kollegin Gabi Schmidt-Kauf kurz vor ihrem 66. Geburtstag, den sie am 15. November gefeiert hätte.

Gabi trat 1974 in die GEW ein und war in ihrer Gewerkschaft auf vielfältige Weise aktiv. Als überzeugte Gesamtschullehrerin war sie beim Aufbau der Gesamtschulen der sogenannten 2. Generation seit 1985 dabei und wirkte mit großem Engagement an der Einrichtung und Entwicklung „ihrer“ Schule, der GeS Sulzbachtal, mit. Im neu eingerichteten Hauptpersonalrat an Gesamtschulen hatte sie mehrere Wahlperioden lang den stellvertretenden Vorsitz inne.

Auch in der Fachgruppe Gesamtschulen arbeitete sie engagiert mit und war lange Jahre meine Stellvertreterin im Vorstand. Von März 1992 bis September 2001 betreute sie im Landesvorstand das Referat Beamtenrecht und Tariffragen und ab September 2001 bis Oktober 2005 war sie stellvertretende Vorsitzende unseres GEW Landesverbandes. Danach gehörte sie bis November 2009 dem geschäftsführenden Vorstand an und war zuständig für den Bereich Schule.

Mit Leib und Seele war sie Lehrerin und setzte sich für ihre Schüler\_innen ein, genauso wie sie es als Gewerkschafterin für ihre Kolleg\_innen tat. Dabei war sie, wie ihre Funktionen zeigen, kein Mensch, der in den Vordergrund drängt. Sie nahm sich eher bescheiden zurück, sie überschätzte sich nie und war eine gewissenhafte Kollegin in der Schule wie auch in der GEW, eine sympathische Frau mit großem Talent fürs Organisieren, auf die sich jeder zu jeder Zeit unbedingt verlassen konnte. Vermitteln und ausgleichen waren ihr wichtig und dies auf die ihr eigene ruhige Art. Spontane Umarmung und joviales Schulterklopfen waren nicht ihr Ding. Dennoch hatte ich stets das Gefühl, dass sie die ungezwungene, lockere Geselligkeit, die wir in unserer Fachgruppe pflegten, durchaus sehr genießen konnte. Gabi machte nie den Eindruck einer harten, verbissenen „Kämpferin“, sie war eine geduldige und aufmerksame ZuhörerIn, deren Rat alle zu schätzen wussten.

Wir werden sie sehr vermissen. ■

Harald Ley  
für den Landessenior\_innenausschuss der GEW

### Abschied von Gabi Schmidt-Kauf

\*15.11.1950 †22.09.2016



# Bildungsforum zum Saarländischen Schulpreis

„Bildung - Schlüssel zur Teilhabe an der Gesellschaft“

Vortrag und Dialoge über die Herausforderungen für Politik und Schule zum Gelingen der Integration

Mittwoch 23.11.2106, 18-21.00 Uhr

Stiftung Demokratie Saarland, Europaallee 18, 66113 Saarbrücken

mit

**Ulrich Commerçon**  
Minister für Bildung  
und Kultur des Saarlandes

**Prof. Dr. Hans Anand Pant**  
Deutsche Schulakademie

und

Schülerinnen/Schülern, Lehrerinnen/Lehrern

Moderation

Oliver Schwambach, Leiter der Redaktion Landespolitik der Saarbrücker Zeitung



Stiftung Demokratie Saarland



**ELTERN FÜR BILDUNG**  
Landeselterninitiative für Bildung



**GLEV**  
Gesamt Landes Elternvertretung  
des Saarlandes

Landesinstitut für  
Pädagogik und Medien  
**SAARLAND**



**Ramesch**  
Forum für  
Interkulturelle  
Begegnung e.V.

## Das kleine Übungsheft

Der Trinity Verlag gibt in seiner „Bibliothek der Gefühle“ eine Reihe „Das kleine Übungsheft“ heraus, die jetzt schon weit über 20 Titel enthält. Alle sind in Frankreich bereits ein Geheimtipp. Vier davon konnte ich mir genauer ansehen: Loslassen, Achtsamkeit, Entschleunigen und Gewaltfreie Kommunikation - Themen, die gerade für Pädagogen von besonderer alltagsaktueller Bedeutung sind.

Nach meiner anfänglichen Skepsis war ich überrascht worden von dem Witz, Charme und von der Leichtigkeit und doch tiefen Ernsthaftigkeit dieser kleinen Coaching-Hefte. Es macht viel Spaß, sich auf die Gedankenführungen und auf die vorgeschlagenen Übungen und Tests einzulassen. Nicht alle davon mögen für jeden passend, sinnhaftig und zielführend sein, aber insgesamt haben sie mir selbst viel weitergeholfen - ich muss sie nur regelmäßig trainieren.

So werden im Heft „Entschleunigen“ nach den üblichen Lernstationen wie Zeitstrukturen, Zeitdiebe, Persönlichkeit und Zeit und „Kaizen-Minute“ ganz praktikable und wirksame Vorschläge für Übungen gemacht wie: „Halbieren Sie alles“, „Eins nach dem Anderen machen“, „10 Minuten eher aufbrechen“, „Die Uhr vergessen“, „Hören Sie anderen zu“, „Gönnen Sie sich Pausen“, „Schalten Sie das Handy/den Fernseher aus“, „Durchbrechen Sie die Routine“ etc.



Das sind simple, aber doch hochwirksame Methoden, sich mehr Raum für persönliche Achtsamkeit zu schaffen. So ist Achtsamkeit für den Autor Ilios Kotsou kein Ziel, sondern ein Zustand, der immer wieder neu erfahren werden müsse: „Achtsamkeit muss entwickelt

und regelmäßig praktiziert werden. Wie schon Sokrates betonte: Lernen ist Wiedererinnerung. Wenn wir unsere Erfahrung aufmerksam und freundlich beobachten, werden wir feststellen, dass wir genau in diesem Augenblick achtsam sind.



Diese Rückkehr zu uns selbst, hervorgerufen durch Achtsamkeit, führt uns zu einer liebevollen Verbindung mit anderen, mit der Natur und mit der Welt, die uns umgibt“ (S. 62). Die meiste Zeit funktionieren wir Menschen im hektischen Alltag mechanisch und automatisch, ohne die Erfahrungen und Erlebnisse, die wir gerade erleben, bewusst wahrzunehmen; das wirkt sich ganz entscheidend auf unsere Lebensqualität aus- so der Autor: „Wegen dieser chronischen Achtlosigkeit laufen wir Gefahr, an unserem Leben vorbeizugehen, abgekoppelt vom Wesentlichen. Wie oft werden wir im Lauf des Tages von Gedanken mitgerissen, die wir in Wahrheit gar nicht kontrollieren? (S. 10). In 28 Übungseinheiten bietet uns Ilios Kotsou unterschiedliche Möglichkeiten an, spezifische Herausforderungen der Achtsamkeit kennen zu lernen und persönlich und sofort zu trainieren, um sich von Gewohnheiten im Denken, Fühlen und Handeln lösen zu können, die tief in uns verankert sind.

Alle vier Hefte sind trotz unterschiedlicher Autoren ähnlich aufgemacht - was wohl auch mit immer demselben Illustrator zusammenhängt. Hier wird praktische Lebens- und Orientierungshilfe auf völlig neue, originelle und spielerische Art im Stil der klassischen Schulhefte konzipiert: wissenschaftlich fundiert, kreativ und witzig aufgemacht und



geschrieben in Schreib- und Maschinenschrift, grafisch inspirierend gestaltet, lustvoll und einprägsam illustriert, interaktiv mit vielen Tests, Fragebögen und Übungen mit genügend Platz für eigene Eintragungen. Am Schluss finden wir die bibliografischen Anga-



ben über die verwendete Literatur und weitere Empfehlungen. Die Hefte regen an zum permanenten selbstkritischen Nachdenken und Handeln, um positive kraft- und freudenspendende Veränderungsprozesse einzuleiten; sie sind zur Selbsthilfe und auch für Gruppen z.B. in der Schule oder in der Jugend- und Erwachsenenarbeit sehr geeignet. ■

**Klaus Ludwig Helf**

Erik Pigani: Entschleunigen. 2013;  
Ilios Kotsou: Achtsamkeit. 2013;  
Rosette Poletti / Barbara Dobbs: Loslassen. 2013;  
Anne van Stappen: Gewaltfreie Kommunikation. 2012  
Alle vier Bände erscheinen im Trinity Verlag,  
Broschur, 64 Seiten  
Preis: 6,99 Euro

[www.die-kleinen-uebungshefte.de](http://www.die-kleinen-uebungshefte.de)

# Schulrecht - kurz & bündig



„Lass mal, sonst geht der noch vor's Verwaltungsgericht.“ – Wer hat diesen Satz nicht schon gehört oder Erfahrungen gemacht mit Dienstvorgesetzten, die in Ehrfurcht vor etwaigem Einsatz von Anwälten und Gerichten die eine oder andere Sache in der Schule ‚umbiegen‘.

Gut, wenn auch juristische Laien ein Brevier in die Hand bekommen, dass Ihnen die rechtliche Ebene Ihres Handelns nahebringt und das am besten in ausgesuchten Fallbeispielen.

Diese sind gut sortiert, in fünf Kapiteln übersichtlich geordnet, ausführlich und verständlich kommentiert und vor allem: hervorragend ausgesucht. Man gewinnt nicht nur einen Überblick über alle möglichen rechtlichen Facetten des Schulalltags sondern auch darüber, wie Gerichte in Deutschland mit diesen rechtlichen Fragen umgehen. Das Tröstliche: In den meisten Fällen ist die Sorge

der Lehrer\_innen vor dem Verwaltungsgericht unbegründet. Ganz im Gegenteil: Man sollte es öfter mal drauf ankommen lassen. ■

### Matthias Römer

Günther Hoegg:  
Schulrecht kurz & bündig: Die 55 wichtigsten Urteile  
Cornelsen Verlag, ca. 180 Seiten  
ISBN: 978-3-589-15039-7  
Preis: 19,99 Euro

**DIE BILDUNGS-  
GEWERKSCHAFT  
EMPFEHLT**

**AKTIV WERDEN  
GEGEN NAZIS**



# Feedback in der Schule

Claus G. Buhren (Hrsg.)

## Handbuch Feedback in der Schule

**BELTZ**

Prinzipiell stellt sich die Frage, ob man sich ein Fachbuch für fast 50 Euro in den Bücherschrank stellen möchte, wenn man sich nicht sicher ist, ob es einem im täglichen Geschäft tatsächlich etwas nutzen wird. Das Thema ‚Feedback in der Schule‘ ist ja spätestens nach der Hattie-Studie durchs (pädagogische) Dorf gejagt worden und insoweit könnte eine Diskussion mit sich selbst, wie im ersten Satz skizziert, zumindest im Innern erfolgen.

Die Frage nach der Nützlichkeit ist zumindest mit einem klaren ‚Ja‘ zu beantworten. Im Gegensatz zu vielen Sammelbänden mit einer Anzahl von Aufsätzen überzeugt dieser durch theoretische Fundierung und eine hohe Praxisnähe. Das hat mir besonders gut gefallen. Auch dass der Band versucht, möglichst viele Facetten des Feedbacks in der Schule abzudecken, ist lobens- und erwähnenswert und macht dieses Buch zu einer echten Hilfe, will man sich dem Thema Feedback abseits oberflächlicher Tipps und Hinweisen nähern.

Insbesondere der erste Teil (Grundlegendes) und der letzte Teil (Feedback-Kultur- Fallbeispiele) eröffnen den Horizont für die Thematik an verschiedenen Enden. Gefüllt wird

das entstandene Kontinuum durch die Teile Feedback zum System Schule, Kollegiales Feedback, Schülerfeedback sowie Führungsfeedback mit jeweils drei Aufsätzen, die ebenfalls immer wieder einen gründlichen Blick in die Praxis wagen.

Alleine wegen des Grundagentils lohnt sich der Kauf, denn die dort dargestellten Zusammenfassungen des aktuellen Forschungsstandes ermöglichen einen schnellen und umfassenden Querschnitt und eine Möglichkeit zum Nachdenken auf der Metaebene über das eigene unterrichtliche Handeln. Auch wenn sicherlich der eine oder andere Aufsatz nicht für jeden interessant ist, so stellt der Band ein gutes Kompendium dar, in dem man ein ums andere Mal nachschlägt und sich Informationen zum Feedback in der Schule besorgt. ■

### Matthias Römer

Claus G. Buhren (Hrsg.): Handbuch Feedback in der Schule  
Beltz Verlag, 480 Seiten  
ISBN: 978-3-407-83186-6  
Preis: 49,95 Euro

**Bildung. Weiter denken!**

**GEW**

**// GESUNDHEITSFÖRDERUNG //**



## 12. Gesundheitstag **Stress lass nach!**

**am 22. November 2016**

von 8.30 bis 16.00 Uhr  
im Bildungszentrum der Arbeitskammer in Kirkel

Anmeldung bis zum 18. November 2016 online unter  
[www.lpm.uni-sb.de](http://www.lpm.uni-sb.de) | LPM-Nr. H6.326-0167

Alle weiteren Informationen zu Workshops, Tagungsablauf und Tagungsstätte finden Sie auf unserem Flyer oder unter <http://www.gew-saarland.de>

In Zusammenarbeit mit dem

Landesinstitut für  
Pädagogik und Medien

**SAARLAND**

